180. Ausgabe · 38. Jahrgang / Einzel-Nummer 15 Pf.

„Freiheit und Brot!“

München, Donnerstag, 29. Oktober 1925

VÖLKISCHER BEOBACHTER

Herausgeber Adolf Hitler

Verlag: Frz. Eher Nachfg., G. m. b. H. / Hauptgeschäftsst.: München, Thierschstr. 15 / Fernr. 20647 / Drahtanschr.: „Beobachter München“ / Postscheckkonto: Frz. Eher Nachfg., G. m. b. H., München 11346 u. Postsparkassenk.: Frz. Eher Nachfg., G. m. b. H., Wien 79921 / Schriftltg.: München, Schellingstr. 39/I / Fernr. 20801—20803 / Sprechstd. tägl. v. 10—11 Uhr vorm.

Kampfblatt der national-sozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Erscheint täglich / Bezugspreis monatlich 3,25 Mark zuzüglich Postbestellgeld / Anzeigenpreise: Die 31,5 mm breite und 1 mm hohe Zeile kostet 20 Goldpfennig / Im Textteil die 65 mm breite und 1 mm hohe Zeile 80 Goldpfennig / Anzeigenschluß 10 Uhr vormittags / Anzeigen-Abteilung: Schellingstr. 39/I / Fernruf-Nummer 20801

Drohung mit Landfriedensbruch, Unterwerfung „bayer.“ Behörden

Versammlungsverbot in der Pfalz — Der jüdische Terror und die unterwürfige Regierung — „Bayerische“ Behörden verfolgen Deutsche schlimmer als Franzosen

Entlarvte Verleumder!

Die „Fränkische Tagespost“ zu 500 Mark verurteilt

Wir berichteten kürzlich, daß die „Fränkische Tagespost“ zu Nürnberg Adolf Hitler bezichtigt hatte, französische Gelder empfangen zu haben. Diese unverschämte Verleumdung, welche durch viele Judenblätter in mehr oder weniger versteckter Form gegangen ist, wurde bereits einmal verhandelt und die „F. T.“ zu 150 Mark verurteilt. Nun hat soeben die Berufungsverhandlung stattgefunden. Die Beklagten konnten auch gar nichts zur Stützung der Verleumdung beibringen. Das Gericht verurteilte die „Fränkische Tagespost“ zu 500 Mark Strafe. Auch das ist angesichts der Schwere der Beleidigung eine milde Sühne, nachdem Nationalsozialisten wegen geringfügiger Dinge ohne weiteres zu Gefängnis verurteilt werden.

Was die Erklärungen des „Berliner Tageblatts“ über die Einstellung der Klage Adolf Hitlers gegen seinen Schriftleiter betrifft, so entsprechen diese nicht den Tatsachen. Hitler hat vom Angriff gegen ihn durch das jüdische Börsenblatt Ende Juli Kenntnis erhalten und die Klage rechtzeitig einreichen lassen. Der Prozeß wird stattfinden!

Verbotene nationalsozialistische Versammlung in der Pfalz

Jüdischer Terror. — Die willfährige Regierung. Wozu Artikel 102 gut ist.

Am 26. Oktober sollte in Neustadt a. d. H. eine öffentliche Versammlung der N.S.D.A.P. stattfinden, in der Pg. Dr. Buttmann über: „Was will Adolf Hitler?“ sprechen sollte. Der große Saal des Gesellschaftshauses war bestellt, am 24. bereits waren von der rührigen Ortsgruppe Plakate angeklebt, in der Presse war auf die Versammlung aufmerksam gemacht worden. Ortsgruppen von nah und fern hatten ihre Teilnahme angemeldet. Galt es doch zum ersten Male seit der von den Juden Neustadts und ihren schwarzrotgelben Schutztrüpplern gesprengten Versammlung vom Juli d. J., vor der Öffentlichkeit die nationalsozialistische Idee zu verkünden!

Neustadt läßt sich zwar die „Perle der Pfalz“ nennen. Und fürwahr, das am Fuße der burgengekrönten Hardtberge mitten unter Weingärten gelegene, zum Teil malerisch altertümliche, zum Teil von behäbigem Wohlstand durch geschmackvolle neuere Bauten zeugende Städtchen mit seiner trotz allem so fröhlichen Bevölkerung heimelt schon beim ersten Besuch an. Aber diese Perle ist, wie das bei Perlen leider vorkommt, von einer schmierigen, schlüpfrigen, zähen Schleimschicht überzogen. Erst wenn diese entfernt und die Perle sauber abgeputzt ist, kann man sich als Deutscher wieder an ihrem Glanze recht von Herzen erfreuen. Wir meinen nicht so sehr die französische Besatzung, die, wie in der ganzen Rheinpfalz, fremd und durchaus geschieden von der einheimischen Bevölkerung wie Öl auf der Wasseroberfläche schwimmt. Es ist das Judentum, das vor allem den Wein- und Viehhandel ganz an sich gerissen hat und nicht mehr schmarotzend, sondern, seiner Macht bewußt, brutal anmaßend die deutsche Stadt terrorisiert. Gestern erhielten wir wieder einmal einen Beweis dafür.

Nach dem „Erfolg“ der gelungenen Versammlungssprengung vom Sommer war dem Judentum erst recht der Kamm geschwollen. Eine neue nationalsozialistische Versammlung in der Judenmetropole — denn dazu entwickelt sich Neustadt mehr und mehr — mußte von vornherein vereitelt werden. Also berief man das Reichsbanner gleich nach Bekanntwerden zusammen und entwarf den Feldzugsplan.

Das erste war: man druckte Handzettel, die man unter den Reichsbannerleuten und den sozialdemokratischen und kommunistischen Verteidigern der Geldbeutelinteressen Alljudas verteilte, mit folgendem Wortlaut:

An alle Freunde der fortschrittlichen Kulturbewegung in Neustadt a. d. H.

Die Nationalisten (Hakenkreuzler) halten am Montag, den 26. Oktober 1925, abends 1/2 8 Uhr, „Gesellschaftshaus“, eine öffentliche Versammlung ab. Zu derselben ist den Juden der Zutritt verwehrt. Diese Versammlung kann demgemäß nur eine antidemokratische und antisemitische Tendenz haben. Wir als fortschrittliche Kulturfreunde müssen dem entgegentreten und fordern alle Gesinnungsfreunde auf, an der Versammlung zur Wahrung der Demokratie und des Rechts teilzunehmen.

Philosemitische Vereinigung.

NB. **Aus Zweckmäßigkeitsgründen ist es notwendig, eine Stunde vor der Versammlung in der „Gambrinushalle“ zu erscheinen, zwecks Besprechung eines gemeinsamen Vorgehens.**

Das Dokument zu kommentieren, ist wohl überflüssig. Dieses war der erste Streich. Der zweite bestand darin, daß man in der ganzen Stadt dem „ruheliebenden Bürger“ den Besuch der Versammlung durch wilde Gerüchte von blutigen Zusammenstößen der „Arbeiterschaft“ mit den „Hakenkreuzlern“ an dem kritischen Abend zu verleiden sich bemühte. Dem Saalpächter wurde durch ähnliche und durch Boykottandrohungen einerseits, durch eine „freigebig“ angebotene hohe Geldentschädigung **andererseits nahegelegt, vom Mietvertrag zurückzutreten. Das gelang. Am Mittag des 26. Oktober erklärte der Mann dem Führer der Ortsgruppe plötzlich, er könne den Saal nicht zur Verfügung stellen.** Damit nicht genug: Dem Polizeiobersten der Stadt wurde der „wohlmeinende Rat“ gegeben, im Interesse von Ruhe und Ordnung die Versammlung jedenfalls zu verbieten. **Dieser, Bürgermeister Forthuber, benützte freudig die Gelegenheit, sich bei allen für ihn maßgebenden Stellen durch ein Verbot zu empfehlen:** bei den gegenüber dem Nationalsozialismus an Verfolgungswahn leidenden hohen Behörden, bei der regierenden Judenschaft — und sonstwo noch alles!

Er setzte sich also, einige Stunden vor Versammlungsbeginn hin und erließ einen Beschluß:

„Es besteht die begründete Befürchtung, daß die heute, Montag, 26. Oktober 1925, abends 7.30 Uhr, im Gesellschaftshause anberaumte Versammlung der Nationalsozialistischen Partei (!) zu Ausschreitungen und Tätlichkeiten führen oder (!!) durch solche gestört werden wird. Auf Grund des Art. 102 (sog. Hitler-Artikel! D. Verf.) des Bayer. A.Ges. vom 8. Aug. 1879 zur StPO. wird die Abhaltung der Versammlung hiermit untersagt. Beschwerde gegen diesen Beschluß wäre (!) an die Regierung der Pfalz, K. d. J., einzulegen usw.“

Einer seiner Beamten bemühte sich sogar um die Unterstützung der Franzosen hierbei. Er telephonierte nämlich beim französischen Bezirksdelegierten an: „Die Nationalsozialisten würden ihre Versammlung mit Stöcken besuchen. Ob das nicht verbotenes Waffentragen sei?“ Zufällig hörte das ein die Genehmigung der Delegation reklamierender Parteigenosse mit an, und er war Zeuge, wie der französische Kapitän das lachend verneinte!

Nachmittags um 3.20 Uhr wurde das Verbot dem Ortsgruppenführer mitgeteilt, und der soeben eingetroffene Pg. Buttmann rief sofort die Regierung in Speier an, um nachdrücklich Beschwerde zu erheben wegen Mißachtung des früher im Deutschen Reich selbstverständlichen, nunmehr aber in der Weimarer Verfassung „garantierten“ freien Vereins- und Versammlungsrechts infolge jüdischer Landfriedensbruchsdrohungen. Der zuständige Referent war „leider nicht da“, und vier verschiedene ans Telephon gerufene Regierungsbeamte erklärten sich für „unzuständig“. Am entschiedensten ein Regierungsdirektor, der an einen Regierungsassessor verwies. Dieser sagte, nach Anhörung der Gründe der Beschwerde, sein Vorgesetzter, der Referent, werde im Laufe des Nachmittags fernmündlich Bescheid geben. Er wolle ihm das Gehörte vortragen, wenn dieser wiederkomme.

Kurz vor 6 Uhr kam dieser Bescheid: Ablehnung der Beschwerde. Dabei bedauerte der Regierungsrat, **der Neustädter Bürgermeister sei nicht erreichbar — er hatte sich also nach Verhängung des Verbotes aus dem Staube gemacht!** —, und er hätte mit diesem doch gern erst einmal selbst noch gesprochen. So habe er nur mit der Neustädter Polizei sprechen können. Warum die Nationalsozialisten so spät mit ihrer Beschwerde gekommen seien? Der reinste Hohn! Das Schönste aber war: Der Regierungsrat ersuchte unter Ausdrücken der Verwunderung um Aufklärung, ob es wahr sei, daß die „Völkische Partei“ den — französischen Delegierten gefragt habe, ob er ihren Mitgliedern das Tragen von Stöcken als Waffentragen auslege!! Selbstverständlich wurde ihm hierüber wie über verschiedenes andere klarer Wein — wenn auch herb wie neuer „Federweißer“ — eingeschenkt. Tat nichts — der Jude wird geschützt. **Was selbst während der Separatistenzeit möglich war, nationalsozialistische Versammlung in der Pfalz abzuhalten, unter dem glorreichen Regime Held-Stützel-Gürtner dürfen zwar Kommunisten und die Partei eines Adolf Hoffmann, der die Pfalz von Bayern losreißen wollte, ungehindert ihre „staatsbürgerlichen Rechte“ ausüben: einem nationalsozialistischen Abgeordneten ist es verboten, zu seinen Pfälzer Landsleuten über Adolf Hitler zu reden. Juda in Gefahr!**

Das Nachspiel war noch trauriger. Da nun eine öffentliche Versammlung endgültig verboten war, sollte eine geschlossene Mitgliederversammlung die zahlreichen, inzwischen von auswärts eingetroffenen Parteigenossen vereinen. Der französische Delegierte genehmigte diese. Lange vor 8 Uhr war das Parteilokal überfüllt. Aber auch das Reichsbanner war aufmarschiert. Selbst von Frankenthal hatte es seine Leute mit Lastauto herbeigeschafft. Der um Ruhe und Ordnung so besorgten Neustädter Polizei „entging“ diese Zusammenrottung, in unmittelbarer Nähe des Bahnhofes, fünf Minuten von der Polizeizentrale entfernt, bezeichnenderweise! Die aufgehetzten **Reichsbannerhelden drangen trotz aller gütlichen und entschiedenen Abwehrversuche in die Mitgliederversammlung ein, ein auf dem Hof austretender Nationalsozialist wurde von vier solcher Tapferen überfallen,** doch wehrte er sich erfolgreich. Inzwischen war der zur Überwachung von der französischen Delegation entsandte Dolmetscher erschienen. Er wunderte sich über die völlige Untätigkeit der Polizei und verschwand schließlich. Bald kehrte er — freudestrahlend — wieder und sagte dem Ortsgruppenführer wörtlich: „Jetzt sind Sie ganz sicher, ich habe die Polizei aufgefordert, die Menge draußen zu zerstreuen!“ Und wirklich, als die Nationalsozialisten, von dem um sein Mobiliar besorgten Gastwirt zuerst ängstlich gebeten, schließlich unter Hinweis auf sein Hausrecht dringend aufgefordert, in völliger Ruhe und geschlossen zum Bahnhof hinüberzogen, waren die Schutzleute gerade dabei, durch freundliches Zureden die durch gar nichts irgendwie provozierten Judenschutztruppen zum „Weitergehen“ zu bewegen. Der französische Beamte aber **zog mit freundlichem Lächeln** seines Weges. „Oh, die Juden sind viel schlau, die Deutschen aber viel dumm“ — an diese Worte eines seiner Kameraden dachte er wohl dabei.

Die Neustädter Polizei, vierunddreißig bewaffnete Mann stark, war zu schwach, die Juden und den Judenschutztrupp von ihrem verbrecherischen Vorhaben und Vorgehen abzuhalten, **eine dem Deutschtum und nur dem Deutschtum dienende Versammlung zu verbieten, war sie stark genug.** Und eine bayerische Regierung billigt diesen immer wiederholten Mißbrauch des Artikels 102! Das wird in München wohlgefällig als „nationale Tat“ belobigt werden!

Selbstverständlich erging Beschwerde an das Innenministerium. Selbstverständlich wird sie abgelehnt werden. Zur höheren Ehre des Juden!

Volksbetrug durch die Deutsche Volkspartei

Verfälschung des Locarno-Paktes — Skrupellose Irreführung inbezug auf deutsche Bedingungen

Der Zentralvorstand und der Fraktionsvorstand der Deutschen Volkspartei haben einstimmig ihrem Freund und Führer Dr. Gustav Stresemann ihr Vertrauen ausgesprochen und in einem großen Manifest die Stirn gehabt zu erklären, daß das „Vertragswerk“ von Locarno in allen wesentlichen Punkten dem Grundgedanken der deutschen Antwortnote vom 20. Juli 1925 entspreche. Der Artikel I des Westpaktes verpflichte zwar zum Verzicht auf einen Angriffskrieg, lasse aber das Selbstbestimmungsrecht der Völker und „alle anderen Möglichkeiten friedlicher Entwicklung“ offen. Diese beiden Behauptungen sind eine ganz flagrante Unwahrheit, mit deren Hilfe sich die sogenannte nationale Partei über das tatsächlich vorliegende Schandwerk von Loarno hinwegzuflunkern bemüht. Was den ersten Punkt betrifft, so steht als Kernpunkt der deutschen Note vom 20. Juli als Voraussetzung für den Eintritt in den Völkerbund schwarz auf weiß folgendes zu lesen:

„Deutschland kann als Mitglied des Völkerbundes erst dann als gleichberechtigt gelten, wenn seiner Abrüstung auch die in der Völkerbundsatzung und in der Einleitung zum Teil fünf des Versailler Vertrages vorgesehene allgemeine Abrüstung folgt. Es muß deshalb, wenn der alsbaldige Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ermöglicht werden sollte, eine Lösung gefunden werden, welche die Zeitspanne bis zur Verwirklichung der allgemeinen Abrüstung überbrückt. Diese Lösung müßte sowohl der besonderen militärischen, als auch der besonderen geographischen Lage Deutschlands gerecht werden.“

Von einem bindenden und schriftlich niedergelegten Versprechen der Alliierten, diese unverzichtbare Bedingung (Es muß usw.“), ist keine Rede. Im Gegenteil, die Alliierten führen Kriege um ihre Rohstoffgebiete in Marokko, Mossul, China, Syrien, sie rüsten heute mehr denn je und trotz allem ist Stresemann bereit, Deutschland als unbewaffneten Staat unter das absolute Diktat des Völkerbundes der Bewaffneten zu bringen. Wenn man das tut, so soll man wenigstens den Mut zur Erklärung haben, daß Deutschland in Locarno eben nicht erreicht habe, was es sich ursprünglich vorgenommen habe. Diese Tatsache aber in das Gegenteil zu verdrehen und die schmählichste Aufgabe sämtlicher Positionen als einen Erfolg und die Durchsetzung der deutschen Gesichtspunkte hinzustellen, blieb der Unverfrorenheit der sogenannten deutschen Volkspartei überlassen.

Die zweite Behauptung in betreff des Artikels I ist ebenfalls eine ganz grobe Irreführung der öffentlichen Meinung. Der Artikel I hat folgenden Wortlaut:

„Die hohen vertragsschließenden Teile garantieren, jeder für sich und insgesamt, in der in den folgenden Artikeln bestimmten Weise die Aufrechterhaltung des sich aus den Grenzen zwischen Deutschland und Belgien und zwischen Deutschland und Frankreich ergebenden territorialen „Status quo“ die Unverletzlichkeit dieser Grenzen, wie sie durch den in Versailles am 28. Juni 1919 unterzeichneten Friedensvertrag oder in dessen Ausführung festgesetzt sind sowie die Beobachtung der Bestimmungen der Artikel 42 und 43 des bezeichneten Vertrages über die demilitarisierte Zone.“

Aus diesem Abkommen geht ohne Zweifel hervor, daß Deutschland die im Versailler „Vertrag“ bestimmte Grenze von 1919 garantiert. Auf Grund des Vertrages von Locarno muß die Unverletzlichkeit der Elsaß-Lothringschen Grenze außer Frage stehen. Daraus ergibt sich, daß selbst, wenn die Elsaß-Lothringer für eine Autonomie innerhalb der Grenzen des heutigen Frankreichs oder gar für einen selbständigen Staat auf Grund des Selbstbestimmungsrechts eintreten, Deutschland verpflichtet ist, die sogenannten Rechte Frankreichs auf Elsaß-Lothringen entgegen dem möglicherweise machtvoll auftretenden deutschen Willen im deutschen Elsaß zu schützen. **Ja es ergibt sich sogar die Möglichkeit, daß Deutschland gezwungen werden kann, mit bewaffneter Hand einen erstrebten Anschluß Elsaß-Lothringens an Deutschland niederzukämpfen!** Das ist es, was auch alle Alliierten aus dem Artikel 1 des Teufelspaktes von Locarno herauslesen können und herauslesen werden. Von einer friedlichen Änderung des Versailler Vertrages ist mit keinem einzigen Wort die Rede und somit ist auch die zweite „Erklärung“ der Deutschen Volkspartei eine ganz grobe Irreführung der öffentlichen Meinung, die nicht genügend stark gebrandmarkt werden kann.

Offenbar haben aber die Ereignisse im Lager der Deutschnationalen auch auf gewisse Kreise der deutschen Volkspartei eingewirkt und so kommt zum Schluß des Manifestes der Deutschen Volkspartei eine Forderung nach der Raumung der Rheinlandzone und Änderung des Besatzungsregimes, was offenbar zur Beruhigung der erregten Gemüter im eigenen Lager hinausgegeben worden ist. Man wird das in London und Paris verstehen und nicht weiter tragisch nehmen, ist doch durch die ganze vorhergehende „Aufklärung“ im Sinne einer der Entente hochgenehmen Weise das deutsche Volk erneut in unverschämtester Weise eingelullt worden.

Wir wiederholen: Der Vertrag von Locarno bedeutet die Preisgabe jahrtausend alter deutscher Ansprüche, freiwillig ausgesprochen in einer Zeit, da sich die Weltpolitik im vollsten Flusse befindet, von dem auch Frankreich nicht unberührt bleiben wird. Der Westpakt in der heutigen Form bedeutet die Sicherung der Entente und die Einführung Deutschlands als freiwilligen Fronknecht und Landsknecht der New Yorker und Londoner Börsen. Zu gleicher Zeit, da alles für die Unterschrift des Paktes von Locarno vorbereitet wird, sitzen in New York die Bankiers aller Länder zusammen und gründen eine überstaatliche Finanzregierung, die mit Hilfe einer von ihr regulierten Weltwährung die wirtschaftlichen und politischen Geschicke aller Staaten ganz offen in die Hand nehmen möchte. Wir würden deshalb die Annahme des Locarnopaktes als einen Verrat an der deutschen Sache, schmählicher als alle übrigen betrachten und nach wie vor mit allen Kräften dahin wirken, ihn zu Fall zu bringen.

A. R.

Die französische Krise

Paris, 28. Okt. Gestern abend um 8 Uhr, nachdem die Krise mit dem Rücktritt Painlevés geendet hatte, wurde folgendes Communiqué veröffentlicht:

Der Präsident der Republik, der von Painlevé die Demission des Kabinettes erhielt, hat unverzüglich mit seinen Bemühungen zur Lösung der Krise begonnen. Doumergue unterhielt sich nacheinander mit dem Senatspräsidenten de Selves, dem Kammerpräsidenten Herriot, dem Generalberichterstatter der Senatskommission und dem Präsidenten der Finanzkommission der Kammer, Malvy.

Der Präsident wird seine Bemühungen heute wieder aufnehmen und um 9.45 Uhr mit Cazals (dem Führer der radikalsozialistischen Kammergruppe) und später mit Bienvenue Martin beraten.

Man glaubt, daß Painlevé und Briand ihre Portefeuille wieder einnehmen werden. Hartnäckig erhält sich das Gerücht, daß auch Herriot wieder in der neuen Regierung erscheinen wird. Die Radikalsozialisten treten für ein geschlossenes Linkskartell ein. Léon Blum hat sich für seinen Freund Herriot ausgesprochen. Im übrigen setzt man auf ein neues Kabinett Painlevé.

Die französischen Linksgruppen für Kapitalabgabe

Paris, 28. Oktober. Die Linksgruppen haben gestern nachmittag im Palais Bouagu eine Sitzung abgehalten, in der sie zur politischen Lage Stellung nahmen. Hauptgegenstand der Aussprache war die Frage der Kapital-Abgabe. Compère-Morel beantragte, daß jede Gruppe ihre Zustimmung zum Prinzip der Abgabe so schnell wie möglich bekannt gebe. Für den Fall, daß die Gruppen des Linkskartells einstimmig für die Abgabe Stellung nehmen, ist die Frage zu erörtern, ob sie es auf einen Konflikt zwischen Kammer und Senat ankommen lassen. Bekanntlich hat der Senat sich entschieden gegen das Prinzip der Kapitalabgabe gewandt.

Die Frage, die den einzelnen Gruppen bei den neuen Besprechungen heute vorgelegt wird, lautet:

Sind die vier Gruppen des Kartells bereit, die Auflösung des Parlaments zu beantragen, damit den Wählern Gelegenheit gegeben wird, sich für oder gegen die Kapitalabgabe zu entscheiden?

Englische Empörung über das Vorgehen in Damaskus

London, 28. Oktober. Das echt französische Vorgehen der Franzosen in Damaskus hat in der englischen Öffentlichkeit viel schärfer gewirkt, als es noch gestern vorausgesagt werden konnte. Selbst amtliche Stellen sind geradezu entsetzt. Im Publikum herrscht offene Empörung über das beispiellose Vorgehen des französischen Militärs, insbesondere bezeichnet man die Zurschaustellung der erschossenen Rebellen auf einem öffentlichen Platz in Damaskus als eine unerhörte Provokation der Bevölkerung.

In London heute eingetroffenen Meldungen zufolge, ist das britische Konsulat in Damaskus durch das Bombardement nicht beschädigt worden, jedoch ist anderes Eigentum vielfach zu Schaden gekommen. Man rechnet damit, daß die englische Regierung Schadenersatzansprüche stellen wird.

Die vergessenen 30 000

Preußische Regierung und Optantenpolitik.

Berlin, 28. Okt. Nachdem in Polen in der Optantenpolitik ein Umschwung eingetreten ist, hat die preußische Regierung an die örtlichen Behörden die Anweisung ergehen lassen, daß die in der jüngsten Zeit als Repressalie verfügte Ausweisung gegen polnische Optanten unverzüglich rückgängig gemacht werde.

Von den 30 000 deutschen Ausgewiesenen ist keine Rede mehr. Severings Regierungskunst.

Der Dolchstoß-Prozeß

Der Fußfall Coßmanns

Rosle und Auer als „Nationalhelden“

Wie wir gestern berichteten, ist die Klägerpartei Coßmann-Pestalozza vor dem ersten marxistischen „Zeugen“ prompt umgefallen. Es war ein ganz unerhörter Skandal, wie der R.-A. Pestalozza aufstand und der Sozialdemokratie ihr „vaterländisches“ Gefühl bescheinigte. Damit ist der ganze Prozeß als eine — sachlich betrachtet — grobe Irreführung des deutschen Volkes erwiesen. Der Jude Coßmann läßt durch den Grafen Pestalozza der schäbigsten, verlogensten und feigsten Judenpartei, die in Deutschland ihr Unwesen treibt, ihr deutsches Wollen bestätigen. Ein Bild für die Börsenherren, wie sie es schöner nie schauen werden. Wir bedauern die deutschen Männer, die als Zeugen bisher aufgetreten sind und die große Schande hinausgerufen haben und hoffen nur, daß noch eine andere Gelegenheit ohne jegliche Juden als Kläger und Verteidiger kommt, da die letzten Schleier gelüftet werden.

Der ehemalige Pazifist Breithaupt erklärte schwarz auf weiß: Das Geld für die Revolte sei aus den Säckeln der Entente, der jüdischen Kapitalisten und der Bolschewiken gekommen. Was dieser Breithaupt persönlich vorstellt, wissen wir nicht, aber die Wahrheit seiner ungeheuerlichen Behauptung hätte die Klägerpartei nachprüfen sollen. Aber Graf Pestalozza erklärt im Namen des Herrn Coßmann: „Mich interessiert Breithaupt nicht!“ Und das Coßmann-Blatt, die „M. N. N.“, beeilen sich in bekannter Konsequenz ihrer „Politik“, dem Erhard Auer ein „zweifellos warmes deutsches Empfinden“ zuzusprechen. Eine ebenso prachtvolle wie charakteristische Leistung des „Weltblattes“.

So geht das traurige Spiel in der Au weiter. Der Dolchstoß-„Entlarver“ hat — sachlich betrachtet — den Vorarbeiten zur Frontferdolchung den herrlichsten Dienst erwiesen.

Was hat sich in den letzten Tagen hinter den Kulissen zugetragen?

*

Im Mittelpunkt der weiteren Verhandlung stand die Vernehmung des

ehem. bayerischen Revolutionsinnenministers und Vorsitzenden der bayerischen S.P.D.

Erhard Auer.

Scheidemann und Wels, deren Vernehmung **für heute vorgesehen war, glänzten durch Abwesenheit.**

Im gemachten Brustton biederer Überzeugung suchte der Freund amerikanischer Bankjuden die

Stellung der Sozialdemokratischen Partei zur Landesverteidigung

im Kriegsfalle darzulegen und zu beweisen, daß seine Partei es war, die die Belange des Deutschen Reiches auf diesem Gebiet am nachdrücklichsten vertrat. (??) Diese Tätigkeit (!) sei zum Ausdruck gekommen in der Erklärung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom 4. August 1914. Die Sozialdemokratie habe die **„verhängnisvolle“** (d. i. die deutschen **Siege! D. V.**) Entwicklung der deutschen Politik „mit allen Kräften bekämpft und bis in die letzten Stunden hinein durch machtvolle Kundgebungen in allen Ländern, namentlich im innigen Einvernehmen mit den französischen Brüdern (!!) auf die Aufrechterhaltung des Friedens gedrungen“. Doch unter der Wucht der Geschehnisse habe sie für die Bewilligung der Kriegskredite gestimmt nach dem Grundsatz: „Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich.“ (Und **November 1918! Welch herrliche Charaktere! D. V.**)

Da Teile der deutschen Sozialdemokratie infolge der immer außerordentlich günstig lautenden Kriegsmeldungen die **Stärkung des deutschen Imperialismus** (d. h. deutscher Macht. D. V.) und damit **eine Gefährdung der Arbeiter in den anderen Ländern (!!) „befürchteten“**, hätten sie sich zu einer außerhalb der Mutterpartei stehenden Partei, der **U.S.P.**, zusammengeschlossen und seien in der Folgezeit strikte gegen Bewilligung jeglicher Kriegskredite aufgetreten.

Vom 21.—23. September 1916 tagte die **Reichskonferenz** der Sozialdemokratie Deutschlands, auf der **Scheidemann** in einer Rede nachdrücklich für die Landesverteidigung eingetreten sei, jedoch nur **so lange, als er seinen Charakter als bloßer Verteidigungskrieg beibehalte** (das ist der echte Pferdefuß! D. V.) und nicht zum **„Eroberungskrieg“** auszuarten drohe. In diesem Fall müsse Friede gemacht werden.

Die **innerpolitische Lage** sei (durch die **rote Hetze! D. V.**) immer kritischer geworden, und so habe sich die **Sozialdemokratische Partei** auf der gemeinsamen Sitzung des Parteiausschusses und der Reichstagsfraktion am 23. September 1918 **„schweren Herzens** (Man kann es den Ministerwitwen Ebert usw. **nachfühlen!** D. V.) gezwungen gesehen, sich **an einer** evtl. neu zu bildenden **Regierung zu beteiligen“.** Sie sei von dem Standpunkt ausgegangen, daß sich die O.H.L. gegen den „einzig (!!) vernünftigen **Verständigungsfrieden“** sträube, der gerade **mit Hilfe der Sozialdemokratie** anzustreben sei. Der **Grund** hierfür sei die stetige Zuspitzung der kritischen Ernährungslage **(Rathenau-Wirtschaft! D. V.)** gewesen. Infolge der **wirtschaftlichen Not sei auch die Moral** der Bevölkerung gesunken; der Kampf ums Dasein (vor allem **die jüdischen** Pgg. Auers. D. V.) habe

Hamsterei, Wucher, Schleichhandel usw.

hochkommen lassen. Eisen und andere Metalle seien in großem Maßstabe ausgeführt worden, angeblich um vom **Ausland** Lebensmittel dafür einzutauschen, während an der Front der Munitionsmangel immer bedrohlichere Folgen **(Eigene Erfahrung, Herr Auer?? D. V.)** angenommen habe. Die **Unternehmer** hätten mit Arbeitseinstellung **gedroht**, falls sie für ihre **Kriegsmaterialienlieferungen nicht** genügend bezahlt würden. **Dies sei natürlich** in der Öffentlichkeit **nicht unbekannt geblieben** und habe Grund zu ernster Beunruhigung gegeben. Weiterhin schildert der **Zeuge** angebliche **Mißstände** im Feld, die **hauptsächlich** in der Benachteiligung des **gemeinen Mannes** gegenüber dem Offizier und in **der Behandlung** der Mannschaften durch die Offiziere begründet sein sollen. Schilderungen **über die Stimmung** in der Truppe seien **entweder gleich von vornherein** unrichtig abgefaßt **oder wahrheitsgetreue** zur Änderung **zurückgesandt worden.** (??) Natürlich habe die **Öffentlichkeit** ein ganz **verkehrtes Bild** (??) über den Geist der Truppen bekommen und die Folge davon sei die Abfassung von Schriften gewesen, von denen die Schrift von Heinrich **Claß** über „Die national-, wirtschafts- und sozialpolitischen **Ziele des deutschen Volkes im gegenwärtigen Kriege“** ein beredtes Zeugnis von dem Vorhaben annexionistischer Kreise ablegte. Zeuge schildert sodann **entrüstet** Maßnahmen, die die O.H.L. in Widerspruch zum Willen der **pazifistischen, schlappen Reichsregierung durchführte, z. B.** die Beförderung belgischer Arbeiter nach Deutschland. Die

Sozialdemokratie sei übrigens immer **gegen ein Waffenstillstandsangebot**

gewesen; sie habe gleich den erforderlichen Boden für Friedensverhandlungen schaffen wollen.

Die Ansicht, die Sozialdemokratie hätte einen **Generalstreik** angestrebt, bestreitet **Auer** aufs heftigste.

„**Wenn wir** einen Streik gewollt **hätten**, wäre er durchgeführt worden.“

Stets habe die S.P.D. **gegen Streiks** gewirkt und deshalb seien sie nicht zum Ausbruch gekommen.

Die **Novemberrevolution** sei **unaufhaltsam hereingebrochen.** Der Abfall Bulgariens und der Zusammenbruch Österreichs **hätte** mit einem Schlage die Grenzen **des** Deutschen Reiches gegen Italien und die Tschechoslowakei frei gemacht. Lediglich um diese beiden Länder nicht zu „provozieren“ (!!), habe sich **Eisner** in **Fragen der Außenpolitik so nachgiebig (!) gezeigt. Eisner** scheine ganz und gar der Überzeugung gewesen zu sein, daß beim geringsten Widerstand **von** deutscher Seite aus **München** von Italienern und **Nürnberg** von Tschechen besetzt worden wäre. (Eine feine Philosophie des Eisnerkollegen Auer! D. V.) Gerade die **„Annexionstreibereien“, die bei der O.H.L.** keinen Widerstand gefunden hätten, hätten im Kriege zu einer günstigeren Zeit den Weg zum **„wahren“ Frieden** versperrt. (Glatter Schwindel! D. V.) Im Herbst 1918 sei dann die Kraft verbraucht gewesen, als der **„Staatsmann“** sie bedurft hätte.

Dem Ausbruch der **Novemberkatastrophe** gegenüber sei die **Sozialdemokratie machtlos** gegenübergestanden, doch habe sie es **vermöge** ihrer Organisation (Nein, die alten **Soldaten** wehrten den Bolschewismus ab. D. V.) **vermocht,** das Überhandnehmen des Bolschewismus **zu verbindern. (??)**

Zeuge kommt weiterhin auf ein

Verzeichnis von Schecks

zu sprechen, das im Nachlaß Eisners gefunden und in den „Süddeutschen Monatsheften" im Faksimile wiedergegeben wurde. Der Gesamtbetrag der nach dieser Liste **in der Zeit vom 25. September bis 16. November 1918** ausbezahlten Schecks beläuft sich auf die Summe von

über 164 Millionen Goldmark.

Wie diese Liste mit den an Eisner gelieferten Revolutionsgeldern zusammenhängt, kann sich Auer nicht erklären, obwohl er anerkennen muß, daß sie **Schriftzüge von Eisner** enthalte.

Mit der bekannten Rebulistik sucht R.-A. Hirschberg nachzuweisen, daß der Kläger mit der Veröffentlichung dieses Schriftstückes objektive und subjektive **„Geschichtsfälschung"** begangen habe, weiß aber absolut nicht, wie das **Schriftstück in Eisners Nachlaß** und wie seine **Schriftzüge** darauf kamen. Er muß schließlich doch kneifen; schuld an der unklaren Angelegenheit wäre die **„Schlamperei" Eisners** gewesen. Das eine steht fest: Auf die Frage:

„Woher kommen die Goldmillionen?"

vermag **weder er noch sein Anhang Auskunft** zu geben. Alle Flausen von der **wirtschaftlichen Notlage der Familie Eisner** und dessen **„Pump"tätigkeit bei Auer** beweisen rein nichts. Die hauptsächlichste **Ausrede der „Genossen"**, die Liste stamme aus dem Kriegsministerium, das allein über solche Summen habe verfügen können, fällt damit unter den Tisch, daß die **Auszahlung der Schecks zum Teil in die Zeit der Eisnerregierung** gefallen ist.

*

Der **Mittwoch** weist keinen so großen Andrang von Zuhörern auf, wie die bisherigen Tage. Und doch sind heute zwei

„Kronzeugen" des roten Patriotismus

aufmarschiert: **der derzeitige 1. Vorsitzende der** S.P.D., Otto **Wels,** und der große „Haudegen" oder, wie ihn die Kommunisten nennen, „Der blutdürstige Scherge der Geldsackrepublik" Gustav **Noske.**

Gleich zu Beginn der Verhandlung gibt der Kläger **Coßmann** eine Erklärung ab, die an sich sehr lendenlahm ist und fast eine starke **Neigung zu einem Vergleich** mit der Gegenpartei verrät. Er spricht sehr bezeichnend davon, daß man die **heutige Sozialdemokratie** nicht mit den Dolchstößlern **gleichsetzen** soll. (!!) Man muß immer an die **jüdische** Herkunft des Klägers denken, wenn man seine professoralen Wortdeutungen über „Ehrengemeinschaft" und „Dolchstoß" hört. **Wir** haben von Anfang an betont, daß **der ganze Prozeß an sich nur problematische Bedeutung hat,** da z. B. **die Hauptursachen** der damaligen politischen **Ereignisse,** die mit **dem Treiben der jüdischen Hochfinanz** aufs engste verknüpft sind, auch hier noch **verschleiert** bleiben; denn das Wort **„Jude"** ist ja für einen **Coßmann** und **Pestalozza** ein **Rührmichnichtan.**

Mit Spannung der Anwesenden erwartet, kommt die wuchtige Gestalt des „armen Arbeiterführers", einstigen **Matrosendiktators,** späteren **Reichswehrministers** und heutigen **Oberpräsidenten von Hannover**

Gustav Noske

zum Vorschein, dem sein Sommeraufenthalt in Italien sichtlich gut angeschlagen hat.

Seine Aussagen, die mit effekthaschenden Kraftwörtern gespickt sind, geben ein Bild eines typischen marxistischen Emporkömmlings, der im Privatleben als tüchtiger Prokurist sich gut denken ließe. Noske schwört natürlich den religionslosen Eid, er wäre sonst vielleicht in Verlegenheit gekommen, auf Jehova oder Barmat zu schwören.

Ölig leitet er seine Rede ein: „Ich verfolge als **Politiker** mit größter **Sorge** (!) und wachsender **Empörung** den Kampf, der besonders in der letzten Zeit unter dem Stichwort des „Dolchstoßes" gegen die Sozialdemokratie geführt **wird** und einen wahren Dolchstoß an dem Einigungswerk (der Novemberlinge! D. V.) der Deutschen **bedeutet.**

Ich möchte am liebsten einen Strich unter die Vergangenheit machen und nur auf die Zukunft blicken (!!)"

Nun geht er **dazu** über, nach Marxistenart eine üble

Hetze gegen die „heute stellungs- und beschäftigungslosen Offiziere"

zu betreiben, **die nach** seiner famosen Ansicht z. T. **„in ihrer Waffe schmachbedeckt"** seien und heute „um ihr gerüttelt Maß Schuld am Zusammenbruch zu verdecken die **Dolchstoßlegende erfunden hätten."**

Herr Gustav Noske hat ja tatsächlich ein schlechtes Gedächtnis, sonst müßte er sich daran erinnern, daß es gerade jene „stellungslosen Offiziere" im Verein mit einem Kern nationaler Frontkämpfer gewesen waren, denen er es zu verdanken hat, daß er 1918 und 1919 von seinen kommunistischen Genossen nicht samt Ebert und Scheidemann an einen Laternenpfahl gehängt wurde. Einst gab er auch diese Tatsache offen zu, aber heute, nach sieben Jahren, muß er seiner marxistischen Charaktereigenschaft gerecht werden und den deutschen Männern, die damals bluteten und starben, einen schmählichen Fußtritt versetzen. Respekt vor Ihrem Charakter, Herr Noske!

Später bemerkt der Zeuge, daß sich der Vorwurf des **Dolchstoßes** ja mindestens **gegen die Hälfte der deutschen Bevölkerung** gerichtet sei; er scheint wirklich **ein großer Rechenkünstler** zu sein, vielleicht noch größer als sein Freund **Eisner,** der mit Goldmillionen rechnete.

Wäre die deutsche Kriegspolitik von der **M.S.P.** rechtzeitig beeinflußt **worden,** dann wäre es nach Noske anders **gekommen.** (Man hätte dann eben nicht so viel Flugblätter, Deserteurorganisationen und Gelder des internationalen Judentums gebraucht! D. V.)

Vor gemachter Erregung bekommt der Zeuge **Stotteranfälle,** wenn er davon spricht, daß er

kaum einen Tag

erlebt, an dem er nicht

als „übler Schädling des Deutschtums" bezeichnet

wird.

Er sei es allein gewesen, der durch seinen Befehl am 1. Mai 1919 die Truppen zur Befreiung Münchens entsandt habe (und heute führe man in dem gleichen München einen Dolchstoßprozeß! D. V.)

Es sei **unwahr,** daß die **Widerstandskraft** des Volkes durch die Sozialdemokraten geschädigt worden sei, die wahren **Schuldigen** sind dagegen der deutsche **Kaiser** und seine **Offiziere,** welche die deutsche Arbeiterklasse unablässig beschimpft hätten. (!!) **Unter** neuen Sprachschwierigkeiten spricht Noske davon, daß **die Verschlechterung der Volksstimmung nicht** auf die **Sozialdemokratie** zurückgehe, sondern auf die allgemeine **Not (welche** gerade Herrn Noske sehr gut überwunden zu haben scheint! D. V.)

Die O.H.L. hatte ein großes, unbegründetes

Mißtrauen zur S.P.D.

Während des ganzen Krieges gehörte **Noske** der Budgetkommission des kugelsicheren **Reichstages** an, (war also **kein Frontsoldat! D. V.**) Der Obersten Heeresleitung macht er den Vorwurf, der **Verschleierungstaktik** gegenüber den maßgebenden **politischen** Stellen. **Als der**

Kladderadatsch

— ein beliebtes Schlagwort Noskes — am Balkan 1918 anfing, wurde er „absolut überrascht." Dann folgt ein längeres **Eigenlob,** welches er sich an der Hand einiger Privatbriefe spendet.

Es wird ungemein komisch und für den „großen Gustav" nicht sonderlich rühmlich, wenn man immer wieder hört:

„Ich war es damals, der . . . ."

oder

„Mir ist es zu verdanken, wenn damals Besserungen erzielt wurden"

weiter, wenn er von seiner **parlamentarischen Besichtigungsreise** österreichischer Kriegshäfen erzählt. **„Mir wurde damals von der österreichischen Marine ein eigenes Fahrzeug zur Verfügung gestellt."** Noskes **Eitelkeit** schmeichelt es ungeheuer, wenn er immer wieder sagen **kann,** daß er als

Marinereferent des Reichstages

mehr verstanden habe und **mehr vorausgesehen** habe, als **die ganze Admiralität,** die

„Stümper waren, welche heute den Mund halten sollten".

In **vaterländischer Opferwilligkeit** sei die **Sozialdemokratie** gewiß nicht **knauserig** gewesen, nur der Wunsch mancher Kreise nach „Eroberungen", hätte die Stimmung verdorben. Alles sagte sich: **„das würden wir von einem deutschen Siege haben?"**

Kaum ist ihm **dieses unerwünschte** Zugeständnis entflohen, da sucht **er** nicht ungeschickt diese **unvaterländische,** dolchstößlerische Auffassung der Massen damit zu erklären, daß sie eben nicht über die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge der Schaffung eines **größeren** Deutschlands unterrichtet waren.

Die Einstellung der **Sozialdemokratie zum Munitionsarbeiterstreik** habe er bereits in Magdeburg klargelegt. Er stellt die kühne Behauptung auf:

„wenn wir gewollt hätten, hätten wir jederzeit die Macht zu einem Streik gehabt."

Wie eine blinde Henne manchmal ein Korn findet, so betont auch Noske die richtige Tatsache, daß ein Großteil **Schuld seitens des alten Deutschland** darin lag, daß man dem **Arbeiter die Gleichberechtigung versagte.** Hart, **aber** nicht unrichtig beurteilt er die Unfähigkeit der Reichskanzler **Michaelis** und **Hertling,** welch letzterer „ein verbrauchter Greis" gewesen sei. Wir hätten damals Männer gebraucht, die „von Energie und Tatwillen platzen". (Aber die hätten sicher nicht **Noske,** sondern **Ludendorff** geheißen! D. V.)

Als bei einer Sitzung die Regierung „ratlos, hilflos wie ein Häuflein Unglück" zusammengesunken sei, habe er den Kanzler angeschrieen: **„Wie kann man so sitzen?"** Und dann sei unter Überwindung der Parteifragen seine **Partei** auf „das verdienstvolle Eintreten **Fritz Eberts",** der dadurch mit Scheidemann **Staatssekretär** wurde, **in die Regierung eingetreten.**

Zur **Marinemeuterei** meint er, daß eine Verseuchung der Mannschaften durch **Propaganda,** von der er allerdings nach seinen Worten **nichts Genaues weiß, nicht** in Frage komme. Er hörte zum erstenmale, daß ein Flottenvorstoß geplant gewesen sei, die Auffassung der Offiziere über Soldatenpflicht und Waffenehre **kann er nicht** teilen. Er müsse feststellen, daß

die U.S.P. keine sonderliche Propaganda

getrieben habe und **trotzdem** U.S.P. und Spartakus ihm (Noske) am meisten hassen, müsse er sagen, daß von einer **planmäßigen Vorbereitung und Leitung der Revolution in Kiel keine Rede** sein könne. (??)

Breitspurig **und mit großer Selbstbelobigung** spricht er nun von **seiner**

„Aktion" in Kiel,

wo nicht die Dolchstößler, sondern **die Offiziere, „die zwar persönlich tapfer, aber sonst unfähig"** seien, **„Versager"** waren. **Ohne Beweise anführen zu können,** glaubt er, daß nur die Unzufriedenheit die Kieler Vorgänge veranlaßt habe, wo

er allein Ordnung geschaffen

habe.

Bisher hat im ganzen Prozeß wohl kaum ein Zeuge der Dolchstoßpartei einen größeren Bärendienst erwiesen, als „der starke Mann" Gustav Noske.

Was für ein politischer Säugling kann diese einzigartige Auffassung eines Helden der Novemberrepublik teilen?

Zum Schlusse poltert Noske noch den phänomenalen Satz: **„Mit leidenschaftlicher Energie verachte ich die, welche jetzt uns die Schuld vorwerfen,** nachdem wir allein das deutsche Volk als **Retter aus Not und Gefahr** in die Gegenwart (von Locarno! D. V.) geführt haben."

Nun beginnt das lebhafte Hin und Her zwischen den Parteien und den Zeugen. Der Jude **Coßmann** stellt zunächst Herrn **Noske ein** überraschendes **Lob** aus und meint: „Wenn alle **Sozialisten solche Männer** gewesen wären, dann bräuchte man heute nicht vom Dolchstoß zu reden." Noske spricht, nachdem er sein **absprechendes Urteil über die deutsche Wehrmacht tapfer zurückgenommen** hat, davon, daß er nicht rückschauend, sondern vorwärts blickend der **Partei,** der er sein Leben lang diene, weiterhin treu bleiben werde. **Über** den **U-Boots-Krieg** kann er kein Urteil abgeben. Nun beginnt er einen

formvollendeten Eiertanz

in der Beantwortung von **Fragen** nach seiner Ansicht über **Dittmann und** dessen **Meutererorganisation.** Dabei entschlüpft ihm der temperamentvolle Satz:

„Wenn die Regierung im Besitze von Material die schuldigen Hochverräter nicht verhaftet hätte, so würde ich sie heute noch bespucken!"

Ein anderes Wort Noskes wollen wir uns gut merken:

„Ich kann mir keine Regierung vorstellen, welche Hochverräter nicht unschädlich macht!"

Für den Rest der Vernehmung kann Noske — nach großen Vorbildern (Kahr, D. V.) — **„sich an nichts mehr erinnern"** und lediglich **Haase, Ledebour und U.S.P. als Patrioten** hinstellen.

(Die Verhandlung geht weiter.)

Letzte Nachrichten

Die neuen deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen

Berlin, 28. Oktober. Wie das „Berliner Tageblatt" aus **Warschau** meldet, ist **die** Abreise der polnischen Delegation für die Handelsvertragsverhandlungen nach Berlin um einige Tage verschoben worden, da das Wirtschaftskomitee des Ministerrats seine Beratungen über die Veränderung des Zolltarifes nicht beendet hat. Die Abreise der Delegation wird vermutlich erst am Dienstag stattfinden. Man rechnet hier damit, daß die neuen Verhandlungen binnen sechs Wochen zu einem Vertrag führen werden.

Glückliche Reise!

Brüssel, 28. Oktober. Am kommenden Samstag wird eine belgische Delegation nach Amerika reisen, um Verhandlungen über eine Anleihe, von der wir schon an anderer Stelle berichteten, zu eröffnen.

Im Zeichen der Wirtschaftsbefriedung

Berlin, 28. Oktober. Halbamtlich wird mitgeteilt: Die deutsche Delegation für die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen hat bekanntlich am 5. Oktober der französischen Delegation ausführliche Vorschläge für die Fortsetzung der Handelsvertragsverhandlungen in Paris überreichen lassen. Die französische Delegation hat ihre Antwort darauf nunmehr am 26. Oktober der deutschen Botschaft in Paris zugehen lassen. Die Antwort ist alsbald telegraphisch hierher übermittelt worden, um sie hier einer beschleunigten Prüfung zu unterziehen. Die Antwortnote der französischen Delegation hat aber noch die Listen enthalten, in denen die französischen Vorschläge im Einzelnen aufgeführt sind. Diese Listen werden nach einer Mitteilung der französischen Delegation noch nachgeprüft werden.

Man pfeift auf das Völkerrecht

Die Mossulfrage vor dem Haager Schiedsgericht

London, 28. Okt. Wie die „Central News" berichten, hat der Vertreter Englands, Sir Douglas Hogg, gestern seine Ansprache vor dem Gerichtshof im Haag damit beendet, daß er den Standpunkt vertrat, der Völkerbund sei befugt, eine Minderheitsentscheidung über die Mossulfrage zu treffen. Er erklärte zum Schlusse, wenn die Türkei in ihrer Ablehnung der Völkerbundsentscheidung verharre, werde England sich die Freiheit des Handels vorbehalten.

Politischer Mord

Belgrad, 28. Okt. Die Blätter melden aus Sofia, daß dort der bekannte politische Führer Zarnkow auf offener Straße erschossen wurde. Zarnkow befand sich mit seiner Frau und seiner Schwester auf dem Heimwege. In der Nähe seiner Wohnung trat ein elegant gekleideter Mann vor Zarnkow hin und feuerte auf ihn eine Pistole ab. Dem Täter ist es gelungen, zu entkommen. Die Polizei hat zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

Der Krieg auf dem Balkan

Sofia, 28. Okt. Nach hier vorliegenden Nachrichten dauern die Feindseligkeiten an. In der Richtung Petritsch haben die Griechen gestern zwei Stunden lang Gewehr- und Geschützfeuer unterhalten. Die Zahl der Getöteten und Schwerverwundeten (Militär- und Zivilpersonen) soll fünfundfünfzig betragen.

Edmund Stinnes nach Amerika ausgewandert

Berlin, 28. Okt. Wie die „B. Z." erfährt, ist Dr. Edmund Stinnes vor etwa acht Tagen nach Amerika abgereist. Es handelt sich bei dieser Reise um die Ausführung eines seit langem bestehenden Planes Dr. Stinnes'.

Eine versunkene Stadt im Kaspischen Meer entdeckt

Moskau, 28. Okt. Ein Handelsdampfer der Sowjet-Union, der auf dem Wege von Persien nach Baku seinen gewöhnlichen Kurs änderte, entdeckte zufällig auf dem Meeresgrunde in der Nähe der Halbinsel Schechowa eine altertümliche Stadt. Infolge des ruhigen Wetters waren die Straßen und Gebäude von altasiatischer Architektur deutlich erkennbar. In der Nähe dieser entdeckten unterseeischen Stadt fand man eine auf dem Meeresgrund sichtbare Straße, die bis zur Festung Baku führt. Die vorläufigen Vermutungen der Gelehrten gehen dahin, daß die Stadt infolge Erdbebens gesunken sei.

Deutsch-ägyptischer Handelsvertrag

Berlin, 28. Oktober. Wie die Morgenblätter melden, ist der ägyptische Ministerpräsident Ziwar Pascha von Paris nach Berlin gereist, um dort wegen des Abschlusses eines Handelsvertrages zwischen Deutschland und Ägypten zu unterhandeln. Der Ministerpräsident wird Anfang nächster Woche nach Paris zurückkehren.

Münchner Beobachter

Ledigenheim und kein Ende

Die Stadt hat 1,3 Mill. M. für das Ledigenheim übrig, aber nichts für Durchführung des Herbstwohnungsprogramms — 15000 Arbeitslose

In der heutigen Sitzung des Wohnungsausschusses im Stadtrat **wurden die vom Verein** Ledigenheim eingereichten Pläne vorgelegt. Unsere Leser kennen die ablehnende Stellung, welche wir gegen das Projekt einnehmen. Wir **werden in dieser Ansicht** um so mehr bestärkt, wenn wir hören, daß statt der 900 000 M., die seinerzeit bewilligt wurden, jetzt 1 300 000 M. erforderlich erscheinen, wobei **noch** gar nicht feststeht, wie hohe Nachforderungen erhoben werden. **Wenn man zweitens bedenkt,** daß der Bau unter der Bedingung genehmigt wurde, daß das Herbstbauprogramm durchgeführt wird. Davon ist jetzt aber keine Rede mehr, weil, wie Bürgermeister Scharnagl bemerkte, verschiedene Erwartungen finanzieller **Art nicht erfüllt** sind. Die nötige Konsequenz zu ziehen, dazu kann man sich aber nicht entschließen, sondern vertröstet sich mit dem Programm des nächsten Frühjahres, trotzdem, wie St.-R. Dott (Soz.) mitteilte, 15 000 Arbeitslose der Stadt zur Last fallen. —ch.

Helden der Phrase

Am Dienstag hielt der „Nat.-soziale Volksbund" eine äußerst schwach besuchte öffentliche Versammlung im Kreuzbräu ab. Drexler hatte sich als Redner den Stadtrat der deutschnationalen Gruppe „Schwarz-Weiß-Rot" (Sammelsurium von Freimaurern, Nationalliberalen, Deutschnationalen und Salonvölkischen) Otto Schneider aus Nürnberg verschrieben, der über „Staat und Wirtschaft! Wer hat die Macht?" vor nicht ganz 60 Männlein und Weiblein meist höheren Alters redete. Der im feierlichen Cutaway erschienene Kaufmann hielt eine über das hier übliche Biertischniveau kaum hinausreichende Rede, worin er in einer Stunde seine reichlich verschwommenen Pläne einer „nationalen" Wirtschaft darlegte. Er bekannte sich als biederer Gefolgsmann des deutschnationalen Kapitalismus zum „Bürgertum, das sich national einigen" müsse. Herr Hilpert oder Hergt hätten nicht anders sprechen können. Am Schluß konnte sich der Referent sowie der Versammlungsleiter Drexler nicht verkneifen, auf die Hitlerbewegung zu schimpfen. Die anwesenden wenigen Nationalsozialisten hielten es jedoch unter ihrer Würde, sich mit dem schlaraffiavölkischen Verein auseinanderzusetzen, besonders nachdem der be—kannte „Hitlertöter" Plümer wieder auftrat; er mußte zeitweise seine Sprechübungen unterbrechen, da ihm die paar Nationalsozialisten einige Wahrheiten sagten. Mit der tiefsinnigen Mahnung, „heimzugehen, im Gehirn das Gehörte zu verdauen und dann dem Volksbund beizutreten" schloß Drexler diese Vorstellung.

Man ist versucht, diesen Bericht unter „Heitere Ecke" zu bringen. Warum schließt sich der Nationale Volksbund nicht schleunigst den Hilperts und Gürtners an?

*

Das sind noch Anträge. Die Demokratische Stadtratsfraktion beantragt, eine Straße in München nach dem verstorbenen Schöpfer der Reichsverfassung Dr. Hugo Preuß zu benennen.

Verwaltungsakademie München. Es wird wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß die Einschreibung für das Wintersemester 1925/26 bis 31. Oktober einschließlich täglich von 5—7 Uhr in der Geschäftsstelle des Bayer. Beamtenbundes, Residenz, Castellzimmer, erfolgen kann.

Schulbeginn. Der Unterricht an den städt. Volksschulen und Mittel-, bzw. Höheren Schulen beginnt in den Wintermonaten, ab 16. November um 8.15 Uhr.

Ein bedauerlicher Vorfall. Kürzlich verstarb der 7 Jahre alte Volksschüler Anton Einmannsberger an den Folgen einer Blutvergiftung. Einmannsberger war am 6. Okt. auf dem Hirschanger bei der Turnstunde, wo auch Tauziehen war. Bei der Gelegenheit kam er zu Fall und zog sich eine innere Verletzung am linken Oberarm zu. Der Knabe beachtete die Verletzung nicht, ging noch bis zum 17. Oktober in die Schule und mußte, da sich plötzlich sein Zustand verschlimmerte, in das Krankenhaus geschafft werden, wo der Arzt Eiterung feststellte, zu der sich dann Blutvergiftung gesellte, die den Tod herbeiführte.

Vereine und Verbände

Die Altreichsflagge München hielt am letzten Sonntag bei prachtvollem Wetter ihr Kleinkaliber-Preisschießen ab, wodurch die diesjährige Schießperiode zum Abschluß gebracht wurde. Geschossen wurde von den alten Schützen auf 130 Meter freihändig, während die Jungen auf 60 Meter liegend freihändig ihre Kunst zeigen sollten. Die erzielten Ergebnisse waren besonders bei den Jungmannen ganz hervorragend, deren bester die sehr hohe Ringzahl von 52 mit 5 Schuß erreichte. Abends vereinigten sich dann die wackeren Schützen mit ihren Freunden und Gönnern in ihrem Stammlokal zur Preisverteilung, bei der nicht weniger als 53 zum Teil recht wertvolle Preise ausgegeben werden konnten.

Damit aber nun in der Altreichsflagge München keine Unterbrechung in der Arbeit zur Ertüchtigung unserer Jungmann eintritt, wird während der Wintermonate wöchentlich einmal abends geturnt, außerdem ist ein Skikurs in Aussicht genommen.

Möchten diese kurzen Zeilen dazu dienen, daß uns die zahlreichen abseits stehenden Stammtischstrategen und Allesbesserwisser recht tatkräftig unterstützen. Wir brauchen Freunde. Feinde und Kritiker haben wir genügend.

Kriegergedächtnisfeier der Münchener Gemeindebeamten. Der Stadtrat München hat seine im Weltkrieg gefallenen Beamten, Lehrer, Angestellten und Arbeiter dadurch geehrt, daß er in der Treppenhalle des 1. Stockes des neuen Rathauses die Namen der Helden auf Glasgemälden verewigte. Der Raum, durch den diese Fenster belichtet wird, wurde durch den Stadtrat in eine Art Kapelle (Gedächtnisraum) umgewandelt, bzw. ausgeschmückt. Anläßlich der Fertigstellung des Gedächtnisraumes hält am Allerheiligentag vorm. 10.30 Uhr die Kriegsteilnehmergruppe der Münchener Gemeindebeamtengewerkschaft eine kleine Gedächtnisfeier ab. Die Hinterbliebenen der Gefallenen können gegen entsprechenden Ausweis an der schlichten Feier teilnehmen.

Kriegsteilnehmer-Tagung. Der Reichsausschuß, die oberste Instanz des Reichsverbandes akademischer Kriegsteilnehmer und dessen Unterabteilung, der Nothilfe kriegsgeschädigter Akademiker, trat in München zu einer Sitzung zu Beginn des Wintersemesters 1925/26 zusammen. Die Kassenkommission sprach nach eingehender Prüfung dem Vorstand für seine gewissenhafte Rechnungsführung die Anerkennung aus und erteilte Entlastung. Die Herren Dr. Loenicker und Schmidt wurden einstimmig gebeten, ihre Arbeitskraft auch weiterhin dem Verbande zur Verfügung zu stellen.

Gründungsfeier. Die Kameradschaftliche Vereinigung des Landsturm-Infanterie-Bataillons „München IB1" beging im Festsaal des Hofbräuhauses ihre fünfte Gründungsfeier. Die Bemühungen des Vorstandes wurde von einem vollen Erfolg belohnt.

Der Verein für das Deutschtum im Ausland, Frauenortsgruppe München, gibt am Donnerstag, den 5. November, ½5 Uhr, in den Räumen des Kaufmannskasinos, Maximilianstr. 4 seinen ersten Teenachmittag in diesem Winter. Pfarrer Roth aus Siebenbürgen wird über Land und Leute seiner Heimat sprechen, Lichtbildervortrag, Ausstellung Siebenbürger Heimarbeiten. Eintritt für Mitglieder 50 Pf., Nichtmitglieder 1 M.

Der „Elektrotechnische Verein München" veranstaltet am Freitag, 30. Oktober 1925, abends 8 Uhr, im Festsaal des Hotel Wagner, Sonnenstraße 21, einen Vortragsabend über das Thema „Zeitgemäße Schaufensterbeleuchtung". Redner: Dr. Ing. Putnoky von der Abteilung Lichtwirtschaft der Osram G. m. b. H.

Alpines

Deutscher Alpiner Verein „Südmark" e. V., Zweig München. Mittwoch, den 28. Okt. 1925, Lichtbilder-Vortrag des Herrn Braig „Der deutsche Rhein". Beginn abends 8 Uhr, in der Gaststätte „Königbauer", Müllerstraße 28 (Eterer). Gäste willkommen.

Werbt für den Völk. Beobachter!

Locarno

Welch' bitt'rer Hohn, wenn man von Rechten spricht,
— Wo wir nur Unrecht tausendmal erlitten! —
Um Sicherheit vom Feinde zu erbitten,
Der Tag für Tag Verträge beugt und bricht.

Für uns fällt nur dies Eine ins Gewicht:
Daß wir mit Herzblut um das Elsaß stritten
Und daß wir weinend durch den Schwarzwald ritten
— Und weinten doch vier lange Jahre nicht . . .

D'rum schwören wir geheim zum zweiten Mal,
Was wir gelobten, als der letzte Strahl
Der deutschen Sonne auf den Wasgau fiel,

Und wissen dann: Dem künftigen Geschlecht
Gilt unser Schwur allein als echt und recht
Und jener Pakt als ein verwerflich Spiel.

Rainer Schlösser.

Das Sehnen des Volkes

In den Feierabendstunden eines Werktages führt mich mein Weg da kürzlich in die Gegend des Neubaues einer Wohnstätte. Für den Freund unseres Volkes ist es stets ein Sonnenstrahl der Seele, wenn er das Werk einer neuen Heimstätte unseres, ach, so heimatlosen Volkes in äußerem und innerem Schauen erblickt. In solchem Fühlen und Denken der abendlichen Stille, abseits des Getriebes der Gefühls- und Herzlosen dringt ein Sang aus deutschen, ungeübten Männerkehlen an mein lauschendes Ohr und nach wenigen rascheren Schritten, da sehe ich den neu erbauten Familienherd, sehe den frisch gezimmerten, holzweißen Dachfirst überragt von einem deutschen Tannenbaum, dessen Zweige von schwieliger Hand mit bunten Tüchern bewimpelt sind, und sehe dort zwischen den hochragenden Stangen des Baugerüstes auf matt leuchtenden, gehobelten Brettern und Balken, hineinragend in den Horizont der beginnenden Nacht und doch wieder umrahmt vom Leben der Feierstunden, eine kleine Männerschar stehen und höre sie singen. Und inmitten dieser Zeit der Freudlosigkeit, die nur fremdes, seelenloses Vergnügen und Begehren kennt, da singen diese Arbeiter der Faust im Gewand ihres mühevollen Alltags ein Lied. Und welches Lied? — ein Lied der Arbeit, ihrer Arbeit, ein Lied der Sorge, ihrer Sorge, ein Lied des Volkes, ihres Volkes. Und ich stehe und lausche und vernehme eine Melodie des Schaffens, der Treue, des Gottvertrauens und der Freude am vollendeten Werk ihrer Hände. Mit mächtigem, beschwingtem Fühlen ergreift es mein Herz und ich verstehe das Lied in meinem tiefsten Innern, ich verstehe die Melodie, die Stimme der Seele des Volkes, unseres Volkes, meiner Volksgenossen! Und als der letzte Laut verklingt, da zerschellt ein Glas auf steinigem Boden in tausend Scherben und Splitter — denn Scherben bringen das Glück!

Nun hat mein Herz den Weg zur Seele meines Volkes gefunden, einen Weg, den der Verstand allein nie aufspüren kann. Ich weiß jetzt, es ist etwas Wunderbares um diese Seele unseres Volkes, nicht mit dem Mammon dieser Welt wird das Sehnen solcher Menschen gestillt. Das ist Geist von unserem Geist, das ist Blut von unserem Blut. Abscheu und Ekel vor einem Zeitalter, das unserem Volk seine Seele rauben will! Und ich höre aus der Stimme des Blutes eine flammende Mahnung: Streite für die Seele deines Volkes!

A. Gette.

Ausklang des Jubiläums Johann Strauß

In diesen Tagen wurde das hundertjährige Geburtsjubiläum des weltbekannten Operettenmeisters Strauß gefeiert. Heute steht die Persönlichkeit des Walzerkönigs scharf umgrenzt vor uns; er nimmt den wohlverdienten Platz und Rang in der Musik, um nicht zu sagen in der Kulturgeschichte unseres Volkes ein, den er sich mit dem klingenden Überschwang seiner echten Künstlerseele errungen hat und den ihm kein billig Denkender mehr wird streitig machen wollen. Johann Strauß, ein Wiener Kind, der das Herz am rechten Fleck hatte und dazu es verstand, auch jedesmal die rechten Töne zu finden, um seine Mitmenschen Freude und Leid in reinster Form mit ihm fühlen zu lassen, er hat niemals danach gestrebt, das Höchste, was uns bewegt, zu verkünden, die innersten Tiefen unserer Seele aufzuwühlen, um sich zum Anwalt des Ewigen und Übersinnlichen zu machen, wie es Sache der ernstesten und erhabensten Kunst ist. Über das Geheimste in ihm haben uns seine lieblich rauschenden Klänge den letzten Aufschluß versagt, und wir können in unserem Urteil hierüber sicher soweit gehen, daß wir behaupten, sie haben es nicht zu ihrem Nachteil getan. Innerhalb der Grenzen nämlich, die sich ihr Schöpfer in seiner Musik gezogen hat und die er in vielleicht sehr kluger Weise mehr oder weniger bewußt jederzeit auch aufs strengste einhielt, ist er der Meister schlechthin zu nennen, der keinen Rivalen seines Lorbeers neben sich kennt.

Johann Strauß hat Glück gehabt mit dem Zeitpunkt seines hundertsten Geburtstages: Wir besitzen ja gegenwärtig keine Erscheinung auf dem weiten Gebiet der musikalischen Produktion, wie überhaupt des gesamten Kunstschaffens unserer Zeitgenossen, die uns dermaßen in Bann zu schlagen vermöchte, daß wir nicht ruhig mitunter unseren Blick zurückschweifen lassen könnten auf das Schöne, was wir aus vergangenen Tagen überkommen haben; wir tun es sogar mit ganz besonderer Vorliebe, um darüber für eine Zeitlang unser Mißvergnügen zu vergessen, das uns über die geistige Ratlosigkeit unserer neuesten Epoche erfüllt. Wir Menschen von heute müssen uns schon zu dem beschämenden Bekenntnis verstehen, daß unser Heutzutage, ganz abgesehen von jener Kunst, welche die höchsten Ideale verherrlichen soll und die in einem vollkommenen Verwesungsprozeß begriffen zu sein scheint, auch auf seinem Spezialgebiet keine einzige Persönlichkeit ihm gegenüberzustellen imstande ist, die ihm nur einigermaßen an künstlerischer Bedeutung ebenbürtig wäre.

Die Operetten und Tänze, die wir jährlich und täglich neu kennen lernen, tragen alle die Merkmale einer raschen Vergänglichkeit offen zur Schau, auch wenn sie noch so schlagend manchmal gesetzt sind. Jenes undefinierbare Ingrediens, das der Kunst auch noch über den Landstrich und die Jahre ihres Entstehens und ihres ersten Sichoffenbarens hinaus Wert und Geltung verleiht, wo finden wir es heute? Ist es darum verwunderlich, wenn wir am guten Alten in Treue zu halten hier als das einzig Mögliche hinstellen?

Diesem Grundsatz haben denn auch alle Kunstinstitute, die noch auf sich halten, in den letzten Tagen ausgiebig gehuldigt: Die Akademie in ihrem ersten Abonnementskonzert, das städtische Orchester unter Jäger, Dr. Munter und Knappertsbusch an den verschiedenen, durchwegs glänzend gelungenen Abenden und nicht zuletzt das Gärtnerplatztheater mit einer famosen Aufführung der Operetten „Fledermaus" und „Wiener Blut".

Überall im Reiche hat die Verehrung für den größten deutschen Meister der Operette seinen Manen ihren Tribut entrichtet: Ein Beweis für den tiefgehenden Einfluß, den seine Muse auf die deutsche Musik dauernd ausübt.

Dr. B.

Anerkennung für Knappertsbusch

Zum Abschluß der von den Bayer. Staatstheatern in der Zeit vom 18. bis 25. Oktober 1925 veranstalteten „Richard-Strauß-Woche" hat der Komponist an den Operndirektor Generalmusikdirektor Prof. Hans Knappertsbusch folgendes Handschreiben gerichtet: „Lieber Freund und Kollege! Sie haben mit Ihrer Strauß-Woche mir nicht nur eine persönliche Freude, sondern auch eine künstlerische Genugtuung bereitet. In der Wiedergabe meiner schwierigen Opernwerke an der Münchener Staatsoper, seit dieselbe wieder Baron Frankenstein untersteht, bemerke ich auf der ganzen Linie einen Aufschwung, den ich Ihrer zielbewußten Tatkraft und mir so wertvollen Sympathie danke. Eine ausgezeichnete Regie, ein glücklich erweitertes Solistenpersonal mit einer Fülle glänzender Stimmen, ein jugendfrischer Chor, ein gut diszipliniertes Ballett unterstützen Sie aufs beste. Ich möchte als hervorragendes Charakteristikum einer gutgeleiteten Opernbühne, deren Verdienst nicht in einem möglichst geringen Defizit, sondern in erstklassigen Vorstellungen bestehen soll, hervorheben die Besetzung aller kleinen Rollen mit ersten Kräften, wodurch sich besonders die gestrige durch Ihren neuen, äußerst begabten Strauß-Dirigenten Elmendorff so glücklich geleitete Feuersnot ausgezeichnet hat. Auch die famose Josephslegende meines unvergleichlichen Kröller, die ich gestern zum ersten Mal in München sah, hat mich hoch befriedigt. Ich bin wirklich stolz, daß meiner Vaterstadt meine Bühnenwerke nunmehr in so musterhafter Darstellung geboten werden und danke Ihnen als meinem getreuen kongenialen Sachwalter dafür von ganzem Herzen als Ihr aufrichtig ergebener Dr. Richard Strauß."

Dieser Anerkennung der Verdienste Knappertsbusch schließen wir uns durchaus an. Er hat unsere Staatsoper auf eine künstlerische Höhe gebracht, auf die wir stolz sein können.

Ein Pfingstgebet

In dem „Judenbuch" des kraftvollen österreichischen Herzogs Albrecht II. aus dem Jahre 1340 findet sich ein lateinisches Pfingstgebet an Christus, Maria und alle Heiligen, das unter Weglassung der Formeln also lautet:

„Bewahre, o Herr, uns vor den falschen Bekennern des mosaischen Gesetzes, vor dem Trug ihrer Propheten, vor der hebräischen Treulosigkeit, vor dem vermaledeiten Volk überhaupt, vor diesen ungerechten Menschen, vor ihrem lügnerischen Umgang, vor ihrer blöden Rederei, vor ihrer Aufdringlichkeit, ihrer Schmeichelei und vor ihren finsteren Versuchungen, vor ihrem Spott, vor jeder ihrer bösen Listen und vor ihrem ergaunerten Gelde; wir armen Sünder bitten Dich, erhöre uns, daß dies verfluchte Volk uns nicht verführe, verdrehe und irgendwo obsiege, daß ihre Schlechtigkeit uns nicht schade."

Man scheint im Kulturkampfe mit den Hebräern damals auch in katholischen Kreisen gewußt zu haben, worum es ging und was vorlag. Heute sollte dies festliche Rassen-Gebet von allen nichtjüdischen Völkern jeder Kirche und jeder Konfession nachgesprochen werden: Custodi nos, Domine!

Staatsschauspiel. Die Generaldirektion der bayerischen Staatstheater hat das Drama „Bonaparte" von Bernhard Blume zur Uraufführung, die im Laufe des Winters stattfinden wird, angenommen.

Gärtnerplatztheater. Der große Erfolg der Johann Strauß-Morgenfeier veranlaßt die Direktion zu einer Wiederholung dieser Veranstaltung, am Sonntag, den 8. November, vormittags 10½ Uhr, bei normalen Abendpreisen. — Diese Morgenfeier findet zugunsten des österreichischen Hilfsvereins statt.

Brehms Tierleben vor dem Reichsgericht. Das Reichsgericht hatte sich am 21. Oktober d. J. mit der ebenso wichtigen wie interessanten Frage zu beschäftigen, ob der Titel eines Werkes, das nach dem Urheberrecht nachdruckfrei geworden ist, infolge der nach dem Tode des Verfassers vorgenommenen wissenschaftlichen Vervollkommnung des Werkes eventuell durch das Wettbewerbsgesetz weiter geschützt ist. Den eigentlichen Streitgegenstand bildet die im Jahre 1874 erschienene zweite Auflage von Brehms Tierleben. Diese Auflage ist von dem Verlag Reclam jun. in Leipzig im Jahre 1924 neu herausgegeben worden, nachdem seit dem Ablauf der 30jährigen urheberrechtlichen Schutzfrist bereits zehn Jahre verstrichen waren. Denn Alfred Brehm ist am 11. November 1884 gestorben, so daß die von ihm bearbeiteten Auflagen im Jahre 1914 für den Verleger „vogelfrei" wurden. Das Bibliographische Institut in Leipzig, bei dem Brehm seine Werke verlegen ließ, wollte sich dennoch mit der beliebigen urheberechtlichen Benutzung von Brehms Tierleben nicht einverstanden erklären. Es machte zunächst geltend, daß Brehms Tierleben von heute nicht mehr das Tierleben von ehemals sei. Es handele sich jetzt um Auflagen von Carl W. Neumann, die von dem Zoologen Prof. zur Strassen wissenschaftlich bearbeitet und vervollkommnet sind. Landgericht Leipzig und Oberlandesgericht Dresden traten der Klägerin bei und verurteilten den Verlag Reclam, den Gebrauch des bekannten Titels „Brehms Tierleben" für seine Auflage von Brehms Tierleben zu unterlassen. Das Reichsgericht hat diesen Standpunkt nicht geteilt. Infolgedessen hat der erste Senat des höchsten Gerichtshofs das Urteil des Leipziger Landgerichts dahin abgeändert, daß die Klage abgewiesen wird.

Aus der Bewegung

Sektionsversammlungen der Ortsgruppe München der N.S.D.A.P.

Donnerstag, den 29. Oktober 1925.

Sektion Schwabing: Gasthaus „Blüte", Blütenstraße. Pg. Dr. Buttmann: „Völkerbundschwindel".

Veranstaltungen

Ortsgruppe Heidelberg. Am Donnerstag, den 29. Oktober 1925, findet im Parteilokal „Weißer Bock", Große Mantelgasse 24, abends 8.15 Uhr, eine Mitgliederversammlung statt. In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung bitten wir um pünktliches und zahlreiches Erscheinen.

Ortsgr. Ludwigshafen (Rheinpfalz). Samstag, 31. Oktober, spricht Pg. F. Plattner, ehemaliger Gewerkschaftsführer, über: „Internationaler Marxismus oder nationaler Sozialismus". Ferner sprechen im Laufe des November die Pg. Dr. Wolf, Mainz, und Dr. Buttmann, München über aktuelle Fragen. Sämtliche Versammlungen finden im „Bayer. Hiesl" Bismarckstraße 108, statt. Die Parteimitglieder werden aufgefordert, die jeweiligen Ankündigungen im Ludwigshafener „General-Anzeiger" zu beachten und für regen Besuch zu sorgen.

Ortsgruppe Pirmasens. Den Ortsgruppen zur Kenntnis, daß alle Korrespondenzen für die Ortsgruppe an den 1. Vorsitzenden, Herrn Ludwig Legleitner, Horebstraße 76, zu richten sind.

Westpreußische Nationalsozialisten! Gebt umgehend dem unterzeichneten Ortsgruppenführer eure Anschriften bzw. die eurer Vertrauensleute bekannt, damit wir miteinander in Fühlung treten können.

Ortsgruppe Marienburg Westpr. der N. S. D. A. P. Radzko. Anschrift: Radzko, Marienburg, Westpr., Elbinger Straße 534, I.

Gau Halle-Merseburg. Ich nehme Bezug auf mein Rundschreiben vom 1. Oktober 1925 und verweise nochmals an dieser Stelle darauf, daß sämtliche Schreiben gleich welcher Art nur an die Gauleitung zu richten sind. Auch diejenigen Briefe, die für die Parteileitung bestimmt sind, nehmen laut Anweisung von dieser ihren Weg nur über die Gauleitung.

Da einige Ortsgruppen postnumerando bezahlen, haben ab jetzt sämtliche Ortsgruppen bis zum 28. eines jeden Monats ihre gesamten Abrechnungen und Anmeldeformulare einzusenden. Die Mitgliedskarten werden nur in der Zeit vom 5. bis 10. eines jeden Monats zugestellt, zwar nur dann, wenn die Aufnahmegebühr bis zum 28. eingelaufen ist. Es erfolgt also jede Abrechnung sowohl von den Ortsgruppen als auch von der Gauleitung nur einmal monatlich.

Ich erwarte, daß jede einzelne Ortsgruppe ordnungsgemäß ihren Verpflichtungen nachkommt.

Geschäftsstelle: Halle a. S., Neue Promenade 7, II. — Gez.: Ernst.

Gau Groß-Berlin

Sprechabende am Donnerstag:

Bezirk II. (Tiergarten), Ortsgruppe Kleist, um 8.30 Uhr in der Schultheiß-Klause, Potsdamer Straße 76.

Bezirk III. (Wedding), um 8 Uhr im Alten Storchnest, Wöhlerstr. 1.

Bezirk VII. (Charlottenburg, Jungfernheide, Plötzensee), Ortsgruppe Charlottenburg 2, um 8 Uhr im Lokal Mark Brandenburg, Charlottenburg, Kaiser Friedrichstr. 11, Ecke Hebbelstraße.

Bezirk IX. (Wilmersdorf, Schmargendorf, Grunewald, Halensee), jeden ersten und dritten Donnerstag im Monat im Lokal Lorenz, Halensee, Gervinusstr. 25, Ecke Holtzendorffstr., um 8.30 Uhr; jeden zweiten, vierten und fünften Donnerstag im Monat um 8.30 Uhr im Lokal Heinrich, Wilmersdorf, Kaiserallee 159.

Bezirk XI (Schöneberg, Friedenau). Ortsgruppe Friedenau, um 8.30 Uhr im Lokal Wisel, Goßler-, Ecke Blankenburgstraße.

Bezirk XII. (Steglitz, Lichterfelde, Südende, Lankwitz), Ortsgruppe Lichterfelde-Lankwitz, um 8.30 Uhr in Hennings Festsälen, am Bahnhof Lichterfelde Ost.

Bezirk XIII. (Mariendorf, Marienfelde, Tempelhof, Lichtenrade, Buckow), Ortsgruppe Mariendorf, jeden ersten und dritten Donnerstag im Monat um 8.30 Uhr, Albert Obst, Mariendorf, Königstr. 60, Ecke Schützenstr.

Bezirk XX. (Hermsdorf, Frohnau, Heiligensee, Wittenau, Reinickendorf West und Ost, Lübbars, Tegel, Tegelort), um 8 Uhr bei Hamuseck Tegel, Hauptstr. 5.

Versammlungsberichte

Ortsgruppe Würzburg. Fruchtbringend hat sich in unserem Kreise die kürzlich veranstaltete Kreistagung ausgewirkt. Das Gruppenleben hat durch die Neuaufnahme von 50 neuen Mitgliedern einen bedeutenden Aufschwung erhalten. Die Sprech- und Unterhaltungsabende weisen einen sehr guten Besuch auf. Zum ersten Male konnten wir am 19. ds. Mts. den Barmatsozialisten in der öffentlichen Versammlung die Zähne zeigen.

Am Freitag, den 23. Oktober, sprach unser Pg. Reineke über die marxistischen Internationalen und den sozialen Gedanken. In 1½stündigen Ausführungen gab er ein Bild der landesverräterischen Umtriebe und des maßlosen Volksbetrugs seit Bestehen des vom Juden Marx proklamierten Kommunistischen Manifestes. Die Sozialdemokratie hat sich stets als ein Feind all der Maßnahmen erwiesen, die geeignet waren, den Arbeiter sozial zu heben. Wie grenzenlos die „deutschen Arbeitervertreter" versagt haben, mußte ihnen von einem englischen Bergarbeiter gesagt werden, der anläßlich der Breslauer Gewerkschaftstagung sagte: „Die deutschen Arbeiter haben in England schwer enttäuscht. Sie sind es, die das Kulidasein in Europa zum Dauerzustand gemacht haben. Pg. Reineke beleuchtete eingehend die verschiedenen Tagungen der letzten Zeit, so in Hamburg, Marseille, Heidelberg, Paris und unterzog den Programmwechsel einer eingehenden Kritik. Dem mit Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine rege Aussprache an.

Der Winter wird uns weitere programmatische Vorträge bringen, so daß sich unsere Sprechabende zu Schulungsabenden auswirken, die geeignet sind, hier in der Hochburg der bayerischen Volkspartei auf vorgeschobenem Posten eine stattliche Kämpferschar zu erziehen.

Ortsgruppe Maroldsweisach hielt am Samstag, 24. Oktober, wieder einen Sprechabend, in dem unser bewährter Pg. Lehrer Castritius das Wesen des Judentums und die Totengräberarbeit in Locarno erläuterte. Einige Neuaufnahmen waren der Erfolg. Seit Gründung unserer Ortsgruppe im Juni des Jahres, hat sich die Mitgliederzahl verdoppelt. Ein Zeichen, daß es trotz aller Judenschikanen auch hier vorwärts geht.

Ortsgruppe Kulmbach hatte am 16. Oktober eine öffentliche Versammlung im Wittelsbachsaale einberufen, bei der Pg. Oberamtmann Dr. Frick sein Referat „Völkische Arbeit im Reichstag und Aufwertung" sprach. Der Vortrag war sehr gut besucht. Besonders die Aufwertungs- und Steuergesetze sowie der Zolltarif sind durchgequetscht worden, so daß man heute sagt: das Redehaus an der Wilhelmstraße. Trotz Beamtenüberlastung in den Ministerien — das Finanzministerium hat allein über 1000 — kann von einer Arbeitsmehrleistung nicht die Rede sein. Pg. Söllner, Kulmbach, schloß nun hierauf die Versammlung mit einem Heilgruß an unseren Führer Hitler.

Dr. Frick brachte ungefähr die Ausführungen, die unsere Leser aus den Berichten von München und Bamberg kennen.

Ortsgruppe Bernsbach im Erzgebirge. Am Sonnabend, den 17. Oktober hatte Bernsbach zu einem „Deutschen Unterhaltungsabend" eingeladen. In anerkennenswerter Weise hatten sich der M.G.V. Bernsbach und der Turnverein (D.T.) Bernsbach in den Dienst der Sache gestellt. Der erstere brachte deutsche Lieder zum Vortrag und die Damenriege des Turnvereins zeigte Keulenübungen. Die Ortsgruppe Lauter hatte sich besonders stark und mit ihrem Spielmannszug eingefunden, der im Verein mit den Bernsbacher Spielleuten Märsche spielte, die begeisterten Anklang fanden. Kamerad Weidauer, Lauter, hielt eine Ansprache, die allen zu Herzen ging.

Ortsgruppe Zeitz. Am 9. Oktober hielten wir unsere zweite öffentliche Herbstversammlung ab. Als Redner wurde der uns bis dahin unbekannte Pg. Reiter, Magdeburg, gewonnen. Er hob die sozialen Momente unseres Sehnens hervor und ging in Verbindung damit den Totengräbern unseres Volkes rücksichtslos und augenfällig an den Leib; er verstand es, nicht nur die sogenannten Bürgerlichen aus dem endlosen Schlafe zu rütteln, sondern auch die echten Marxistenseelen zu bezwingen. Als Gegenredner meldete sich der kommunistische Reichstagsabgeordnete a. D. Benkwitz, Zeitz, dem seine hohlen Phrasen bald zum Verhängnis wurden. Obgleich er nicht einen der Anwesenden durch sein Quasseln erfreuen konnte, entfuhr ihm in Ermangelung von Gegenbeweisen das ihn selbst reuende Selbstgeständnis, darüber betrübt zu sein, daß das Massenschlachten in Rußland sich noch nicht auf Deutschland übertragen habe.

Ortsgruppe Osterfeld Landesverband Halle a. d. S. Die zweite öffentliche Herbstversammlung fand am 10. Oktober statt, in der Pg. Reiter, Magdeburg, über „Lenin oder Hitler" sprach. Kurz vor Beginn der Versammlung rückten auf einem Lastauto mit wehender Sturmfahne etwa 40 Parteigenossen aus Zeitz an. Daß Pg. Reiter es verstand, seiner Aufgabe voll und ganz gerecht zu werden, ergab sich aus dem Abschluß der Versammlung. Die vielen Kommunisten verhielten sich ruhig. Ein alter Arbeiter sprach nach dem Referat ziemlich eine halbe Stunde über den Verrat sämtlicher bisherigen Parteien und sprach mit Entschiedenheit seine gewonnene Überzeugung aus, daß die N.S.D.A.P. durchdrungen ist von einer Ehrlichkeit, die allein der Arbeiter fördern sollte. Unter fortgesetztem Gelächter sprach noch ein Alter, ein Demokratchen. Er zitierte die Demokrötenblättchen der Umgebung und verstand es nur, sich noch lächerlicher zu machen. Die Versammlung hatte jedenfalls ihren Zweck erreicht. Ihr Osterfelder Spießer und Marxisten sollt bald mehr von uns hören.

Ortsgruppe Erfurt. Während wenige Tage vorher Reichstagsabgeordneter Wulle kaum 200 Personen um sich zu scharen vermochte, war am 19. Oktober der große, 1200 Menschen fassende Saal des Reichshallentheaters trotz strömenden Regens voll besetzt, als Pg. Reichstagsabgeordneter Gottfried Feder über das Thema sprach: „Die Enteignung durch die Abwertungsgesetze, Zölle und Steuern im Dawesland". Feder verwies auf die Verhandlungen der Freimaurerdiplomaten in Locarno und stellte dabei fest, daß die so laut verkündete Abschaffung der Geheimdiplomatie nicht nur nicht erfolgt sei, sondern daß vielmehr die Völker sich nach wie vor am Narrenseil führen lassen und sich mit Meldungen begnügen über Ausflüge mit dem Motorboot „Orangenblüte", Geburtstagsfeiern u. a. Sodann stellte er zunächst fest, daß wir uns nicht mehr in Deutschland befinden, sondern im Dawesland, keine freien Männer mehr sind, sondern tributpflichtige Sklaven der Hochfinanz, denn wir besitzen weder Gebiets- noch Finanz- noch Militärhoheit. Eisenbahn und Industrie wurden ohne zwingenden Grund dem jüdischen Börsenkapital geschenkt. Da wir die Lasten nicht aufzubringen vermögen, wird es nach und nach die noch übrigen Teile des Volksvermögens als Pfand beschlagnahmen. Die Stabilisierung erfolgte erst in dem Augenblick, als das Volk zur Selbsthilfe zu schreiten drohte. Der Rentenmark lag ein äußerst gesunder Gedanke zugrunde: die Loslösung der deutschen Währung von allen internationalen Bindungen. Als man diese Gefahr erkannte, schuf man schnell eine „Goldwährung", die Reichsmark. Bei der Aufwertung muß allein beherrschend sein der Gedanke unbedingter sozialer und wirtschaftlicher Gerechtigkeit. Darum müssen alle öffentlichen und privaten Schulden grundsätzlich in gleicher Höhe aufgewertet werden. Ferner muß nach Art des Konkursverfahrens eine gestaffelte Aufwertung vorgenommen werden. Die Wirtschaft wird in Deutschland erst dann wieder in normale Bahnen geleitet werden können, wenn das Schlüsselgewerbe, das Baugewerbe, wieder in Gang kommt. Das kann geschehen, wenn Feders Plan einer Bau- und Wirtschaftsbank, der in Thüringen, Mecklenburg und Danzig bereits angenommen ist, allgemein durchgeführt wird. — In der anschließenden Aussprache forderte der Führer der Erfurter Sparer, Herr Rechtsanwalt Dr. Rüdiger, alle Sparer auf, nach dem schmählichen Verrat der Deutschnationalen die einzige nationale und zugleich antikapitalistische Partei, die ehrlich ihre Versprechungen gehalten, die N.S.D.A.P., mit allen Kräften zu unterstützen. Zugleich tadelte er, wie zuvor Feder, unter stürmischem Beifall der Versammlung das gegen den Frontsoldaten Hitler erlassene Redeverbot. Die Versammlung war ein voller Erfolg für unsere Bewegung.

Aus anderen völk. Verbänden

D. V. O., Bez.-Verb. Amberg. 28. Oktober, 8.15 Uhr, Pflichtversammlung im Bahnhofhotel. Herr General Dollacker spricht über: „Das bayerische Heer vor und nach dem Jahre 1866".

Um Mißverständnissen vorzubeugen, bitten wir alle unserer Bezieher davon Kenntnis zu nehmen, daß unsere Sonderausgaben nur gegen vorherige Bestellung versandt werden.

Der Verlag des „Völkischen Beobachters".

Handel und Volkswirtschaft

Die Diktatur der Banken in Frankreich

Ende Juli brach in Paris unerwartet ein Streik der Bankangestellten aus, dem sich die Angestellten der übrigen französischen Banken sofort anschlossen. Die ganze französische Presse — bis zu den äußersten rechtsgerichteten Zeitungen — verhielt sich diesem Streik gegenüber verständnisvoll, da die Lage der Bankangestellten in Frankreich tatsächlich eine schwierige ist: die jüngeren Beamten, einschließlich die Frauen, beziehen ein Monatsgehalt von nur 400 Franken. „Kein Fabrikmechaniker, Chauffeur oder Kellner würde sich mit einem Gehalt begnügen, welches ein Bankbeamter niederen Dienstgrades erhält", schrieb das „Echo de Paris". In Marseille wurde dieser Streik zu allererst von dem Erzbischof begrüßt, der die Streikenden dafür lobte, daß sie dieser Bewegung kein revolutionäres oder sozialistisches Gepräge gegeben und nicht vom Klassenkampf, sondern von der Verbesserung ihrer Lage gesprochen hätten.

Die Regierung ihrerseits bot den Streikenden ihre Vermittlung an. Der Arbeitsminister Durafour berief am 27. Juli die Bankdirektoren zu einer Beratung, stieß aber auf entschiedenen Widerstand; auf den Vorschlag, das Monatseinkommen um 100 Franken zu erhöhen, schlugen einige Direktoren eine Erhöhung von 45 Franken vor, andere aber antworteten mit der Forderung, daß die Beamten binnen 24 Stunden die Arbeit wieder aufnehmen sollten; denjenigen, der nicht erscheinen würde, bedrohten sie mit sofortigem Abschied.

Gerade zu dieser Zeit gab die Regierung eine kurzfristige 4prozentige Anleihe aus, zu deren Verbreitung sie der Mitwirkung der Banken bedurfte. Gleichzeitig konnte sie aber den gerechten Forderungen der Bankbeamten ihre Zustimmung nicht versagen. Caillaux, der die Entscheidung dieses Konfliktes übernommen hatte, teilte seinerzeit der Presse mit, daß er eine Beratung mit den Direktoren der Kreditinstitutionen gehabt und ihre Aufmerksamkeit auf die dringende Notwendigkeit, den Streik schnellstens zu beenden, gelenkt habe.

Kurz darauf berief er die Direktoren abermals und drückte ihnen die Überzeugung der Regierung aus, daß eine Verständigung sehr wohl möglich sei. Die Direktoren antworteten auch dieses Mal mit einer völligen Ablehnung.

Nun schrieben mehrere Presseorgane darüber, daß die Regierung im eigenen Lande ohnmächtig sei. Unzweifelhaft — so schrieben die Zeitungen — hätten diese Banken der Regierung zu verstehen gegeben, daß sie keinerlei Einmischung von ihrer Seite dulden würden. Was dies aber für eine Regierung sei, die es gestatte, daß man mit ihr in derartigem Tone rede? In Frankreich bestehe eine wirkliche Diktatur der Banken, die in jedem beliebigen Augenblick Frankreich ruinieren könnten; von 56 Milliarden Bons der kurzfristigen Anleihe zur militärischen Verteidigung besitzen die Banken etwa 23 Milliarden. Sie brauchen nur alle diese Obligationen auf den Markt zu werfen und der Staatsruin wird zu einer ernsten Gefahr.

Wenn die französische, öffentliche Meinung — nach den Worten des Pariser Korrespondenten der „Prager Presse" — die Frage aufstellt, ob man das Schicksal des Staates einer Bank-Koalition überlassen dürfe, so hat sie vollkommen Recht. Wie aber läßt sich dagegen ankämpfen?

Schon Dostojewsky sagte eine drohende Diktatur der Banken voraus. Und gerade die letzten Ereignisse und Meldungen von einer Ausdehnung des Federal-Reservesystems von Amerika über England, Frankreich, Deutschland, kurz fast ganz Europa zeigt die Entwicklung an, die hier unmittelbar zu erwarten ist. Der sogenannte „Finanzsanierungsplan" des Herrn Caillaux weist ganz offen darauf hin:

Es soll eine strenge Scheidung zwischen Budgetangelegenheiten und Angelegenheiten des Staatsschatzes vorgenommen werden. Die Bedürfnisse des Budgets sollen auf dem gewöhnlichen Steuerweg gedeckt werden, die Bedürfnisse des Schatzamtes durch eine zu schaffende **autonome Amortisierungskasse, die den Zinsendienst für alle Staatspapiere sicherzustellen und die Einschränkung der schwebenden Schuld durchzuführen hat. Dieser autonomen Amortisierungskasse soll das Recht gegeben werden, Banknoten auszugeben. Es wird also eine Art Federal-Reserve-Bank geschaffen, deren Grundlage gefunden werden soll durch Sondersteuern. Caillaux beabsichtigt, auf das Vermögen in jeder Form Zusatzsteuern zu legen und außerdem eine Umgestaltung der Erbschaftssteuer vorzunehmen.** Sein Plan geht auch darauf hinaus, die Rentenpapiere von nun ab von der Steuer zu befreien, wodurch die Zinsenlast wesentlich eingeschränkt werden soll.

Im übrigen hat Caillaux auch die Absicht, mit der Schaffung der Amortisierungskasse einen weitgehenden Konsolidierungsplan der inneren Schuld, wenn auch nicht jetzt im Augenblick, so doch in aller Kürze durchzuführen. In radikalen Kreisen hofft man, daß die Besteuerung des toten Kapitals, vor allen Dingen die Besteuerung der Schmuckgegenstände, der kostbaren Pelzwaren, Teppiche, Gobelins, Gemälde und Kunstschätze die Sozialisten in gewisser Beziehung für den neuen Caillauxschen Plan interessieren wird.

Der Feldzug gegen die Reste des Nationalvermögens in Frankreich, der von den internationalen Banken eingeleitet ist, wird, wie ersichtlich, ähnlich rücksichtslos durchgeführt werden, wie in anderen Ländern. Heute, hat die breiteste Öffentlichkeit in Frankreich diese Sachlage noch nicht durchschaut. Jeder Tag aber, der an der Erkenntnis dieser Zusammenhänge verlorengeht, bedeutet eine fortlaufende Komplizierung der Verhältnisse, ein stets zunehmende Verfilzung des internationalen Leihkapitalismus mit den Resten des produktionen Kapitals der Völker.

Die vatikanische Anleihe

Unsere jüngste Meldung über die vatikanische Anleihe in Amerika wird von anderer Seite bestätigt. Es verlautet, daß von den Newyorker Bankhäusern Blair & Co. und Chase Nationalbank of New York dem Vatikan eine Anleihe von 1.5 Millionen Dollar bewilligt wurde zwecks Ankaufs eines Besitztums zur „Heiligen Maria von der Barmherzigkeit", wo ein neues Institut für die Propaganda des Glaubens errichtet werden soll. Der Anleihevertrag wurde von Kardinal Hayes unterzeichnet.

Um die Aufwertung der Reichsbanknoten

Bekanntlich schweben seit längerem einige sowie von Privaten wie durch Unterstützung der „Reichsbank-gläubiger"-Verbände angestrengte Prozesse, die die Nichteinlösung der alten Reichsbanknoten anfechten. Von den ersten Gerichten wurde die Klage bisher abgewiesen und deshalb Berufung beim Kammergericht (dem obersten Gerichtshof in Preußen) eingelegt.

Wie nun amtlich mitgeteilt wird, war am letzten Samstag Termin in den Sachen Jaentsch gegen Reichsbank und Winter gegen Reichsbank wegen Aufwertung alter Reichsbanknoten auf 1000 Mark vor dem Kammergericht. Nach ausführlichen Verhandlungen verkündigte das Gericht sein Urteil dahin, daß beide Berufungen zurückgewiesen wurden. Demnach hat auch das Kammergericht wie das Gericht erster Instanz die Bestrebungen des sogenannten Reichsbankgläubigerverbandes für unrechtmäßig erklärt.

Nach den bisherigen Bemühungen der Reichsbankgläubiger-Verbände zu schließen, ist nicht anzunehmen, daß sich die Kläger mit diesem Urteil zufrieden gegeben. Sie werden sicher auch den höchsten deutschen Gerichtshof, das Reichsgericht, mit der Sache befassen.

Was geht im Schuhgroßhandel vor?

Vor einiger Zeit ist eine Konvention des Schuhgroßhandels im Geschäft mit Weißleinenschuhen zustande gekommen, die den Kleinhandel vom direkten Bezug von Weißleinenschuhen seitens gewisser Lieferanten ausschließt und von der der Einzelhandel behauptet, daß sie durch die Zwischenschaltung einer bisher nicht vorhandenen Händlerorganisation die Preise verteuert. Mit Rücksicht auf einen kürzlich in Tschechien getätigten Abschluß der Konvention hat sich der Reichsverband der deutschen Schuhhändler (die der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels angeschlossene Organisation der Detaillisten) an das Reichswirtschaftsministerium gewandt mit dem Antrag, in eine Nachprüfung darüber einzutreten, inwieweit die neue Konvention die Preise treibt.

Jedenfalls braucht die ganze Angelegenheit dringend eine Aufklärung. Besonders mit Rücksicht auf die sogenannte „Preisabbauaktion" muß hier seitens der Regierung umgehend Aufklärung geschaffen werden.

Es bleibt in der Familie

Die bei den Verhandlungen über die Stützung des Kahn-Konzerns anwesenden Banken haben sich grundsätzlich zur Sanierungsaktion bereiterklärt unter der Voraussetzung, daß die wenigen nicht anwesenden Banken sich an der Stützung ebenfalls beteiligen. Mit den letzteren sind die Verhandlungen bereits im Gange.

Sozialpolitik

Schiedsspruch für die rheinisch-westfälischen Straßenbahner

Unter dem Vorsitz des stellvertretenden Landesschlichters wurde im Lohnkonflikt der rheinisch-westfälischen Straßenbahner ein Schiedsspruch gefällt, der eine kleine Erhöhung der Bezüge des Fahrpersonals vorsieht. Die Erklärungsfrist läuft am 28. Oktober ab.

Fortdauer der Streikgefahr in den Berliner städtischen Werken

Die Funktionäre der Städtischen Gas- und Wasserwerke traten zusammen, um zu dem Schiedsspruch des Schlichters Stellung zu nehmen, der bekanntlich eine Erhöhung des Stundenlohnes um drei Pfennig vorsieht und bis zum 31. März 1926 Geltung haben soll. Nach sehr erregter Aussprache beschlossen die Funktionäre, den Schiedsspruch abzulehnen und in den Betrieben eine erneute Urabstimmung über den Eintritt in den Streik vornehmen zu lassen, wobei den Belegschaften empfohlen werden soll, für den Ausstand zu stimmen.

Der Hauptgrund für die Ablehnung des Schiedsspruches ist die vom Schlichter vorgesehene Geltungsdauer des Abkommens gewesen. Die Funktionäre vertraten den Standpunkt, daß angesichts der wirtschaftlichen Lage ein langfristiges Lohnabkommen für die Arbeitnehmer untragbar sei. Die Urabstimmung soll bis zum Freitag durchgeführt werden.

Zum Streik in der chemischen Industrie

Der Zentralverband christlicher Fabrik- und Transportarbeiter Deutschlands, Gau Bayern, erklärt in einer Zuschrift an die Presse:

„Wenn der Arbeitgeberverband berichtet, daß die inzwischen abgeschlossenen Vereinbarungen mit mehr als 4000 Arbeitern beweisen, daß die Arbeiterschaft mit dem Vorgehen der Gewerkschaften nicht einverstanden waren, so ist diese Behauptung unrichtig. Nicht in all diesen Betrieben wurde einwandfrei die Abstimmung vorgenommen, um ein genaues Bild zu bekommen. Am 19. Oktober berief der stellv. Landesschlichter die Organisationsführer zu einer Aussprache zur Beilegung des Lohnkampfes zu sich. Vom Arbeitgeberverband wurde erklärt, daß an eine Lohnerhöhung nicht gedacht werden könne. Durch diese Erklärung blieben die Bemühungen des Landesschlichters erfolglos."

Gehaltsregelung im Versicherungsgewerbe

Das beim Reichsarbeitsministerium gebildete Schiedsgericht hat mit Rücksichtnahme auf die Veränderungen der Lebenshaltungskosten für die Angestellten im Versicherungsgewerbe heute folgenden Schiedsspruch gefällt, nach dem sich die Vertragsparteien bis zum 27. d. M., mittags 12 Uhr, zu erklären haben:

Die unter A I, II und III aufgeführten Gruppen, Lehrlinge, Jugendliche und Angestellte bis zum 20. Lebensjahre werden in ihren Bezügen um 8 Prozent, die unter A IV angeführten und die unter B genannten Leistungen werden um 5 Prozent erhöht. Die Regelung gilt ab 1. Oktober bis 31. Dezember 1925.

Der verkürzte Sonnabend

Eine interessante Abstimmung fand in diesen Tagen in den Deutschen Industriewerken (das Werk Spandau der früheren Deutschen Werke) statt. Es wurde über die von den Arbeitern künftig gewünschte Arbeitszeit abgestimmt. Die Belegschaft dieses Werkes arbeitete bisher 48 Stunden wöchentlich, und zwar zum Teil in der Woche an sechs Tagen je acht Stunden und zum Teil an den ersten fünf Tagen der Woche je 8½ Stunden und Sonnabends 5½ Stunden. Die Abstimmung ist von der Betriebsvertretung beschlossen worden, weil die Werksleitung die Einführung der einheitlichen Arbeitszeit, ohne die sich bei dem Ineinandergreifen der Werkstätten der Betrieb nicht glatt führen läßt, wünscht. Es wurde eine Urabstimmung, die geheim war, vorgenommen. Von 3642 Arbeitern haben sich 2307 beteiligt. Hiervon stimmten für den verkürzten Sonnabend 1853, dagegen 307, ungültig waren 147 Stimmen.

Königin Meiken

Von Willi Scharlau.

(29. Fortsetzung) (Nachdruck verboten)

Und in der Tat, Geschäfte traten an ihn heran. Schon am andern Tage erhielt er eine Aufforderung von Bertram, sich zu ihm bemühen zu wollen. Er ließ den Bankier einen Tag warten, jetzt hatte er ja die Gesellschaft in der Hand. Sie sollten springen, diese Herren, die im November ihn so schnöde behandelten, sie sollten springen.

Bertram machte Vorschläge wegen des Ankaufs der so heiß begehrten Dünen.

Steinburg lachte. Weshalb sollten die Sandhaufen nicht verkauft werden? Lägen sie dicht bei Berlin, dann wären sie freilich noch ein gut Stück Geld mehr wert. Aber auch so könnte er sie nicht verschenken.

Und er nannte eine Summe, bei deren Nennung der Bankier wie von einer Feder geschleudert in die Höhe schnellte.

Aber da half kein Bitten, halfen keine Auseinandersetzungen über den Höchstpreis, den die Gesellschaft zahlen sollte, Steinburg blieb fest. Er hatte seine Gründe dafür, sowohl die übermäßige Forderung zu stellen, als auf ihr zu bestehen.

Er konnte nicht verkaufen, Meiken würde niemals verkaufen, wohl aber mußte er die Aktiengesellschaft in der Hand behalten. Fürchten sollten ihn diese Leute.

Wenige Tage später kam ein Brief von Janna, in welchem sie Meiken mitteilte, mit dem Vater stände es sehr schlecht. Er erkenne niemand, frage nach niemand, vegetiere nur noch so dahin.

Die Tochter wollte sofort reisen, Steinburg erklärte rundweg, er dächte nicht daran, aber sie könnte ja fahren, wenn sie das nötige Kleingeld hätte.

So mußte sie bleiben und erst, als ein Telegramm besagte, Hans Hansen läge im Sterben, setzte sie ihren Willen durch.

Es war eine erregte Auseinandersetzung.

„Ich habe von meinem Vater wenig Liebe gehabt," sagte die Frau mit bebenden Lippen, „aber ich müßte mich zu Tode schämen, wollte ich nicht sofort kommen. Das mußt du begreifen und das wirst du. — Und ich werde reisen, selbst wenn ich mir das Geld von einem der Herren leihen müßte, mit denen du in geschäftlicher Verbindung stehst."

Da erst gab er nach, und sie fuhren ohne Aufenthalt zurück.

In dem Augenblick, als sie den Fuß auf Norderlander Gebiet setzte, sagte sie kurz und hart:

„Einmal und nie wieder."

„Was soll das heißen?" fragte er zurück.

„Das heißt, Königin Meiken wird ihr Königreich niemals wieder verlassen. — Einmal und nie wieder."

Mit spöttischer Miene hatte er ihr zugehört, dann erwiderte er ihr überlegen:

„In einer Ehe gilt nur der Wille des Mannes."

„Vielleicht dort, wo er etwas zu sagen hat — doch wir wollen uns nicht streiten. Wenn du wieder hinüber willst, mußt du eben allein fahren."

Ob die Männer alle so sind? dachte sie. Vor der Hochzeit so anders als nachher? — Er ist nicht roh gegen mich wie ein Bauer, aber so anders als früher. Weshalb?

Und sie grübelte während der Fahrt durch die Heide und konnte zu keinem Ergebnis kommen.

Hans Hansen war tot, als sie im Gehöft ankamen. In völlig geistiger Umnachtung, ohne Kampf, war er in das Reich der Schatten hinübergegangen.

Er lag schon im Sarge, den Knechte und Kätner gezimmert, den die Mägde mit einem weißen Bahrtuch bedeckt hatten.

König Hansen war gestorben, nachdem er noch das Ende seiner Herrschaft hatte erleben müssen.

Gegen Abend hob man den Sarg auf einen Wagen und fuhr ihn hinüber zu dem mitten in den Dünen gelegenen Friedhof der Namenlosen.

Dort mitten unter seinen alten Kameraden von Segelschiffen fand er sein Grab, seine Tochter betete laut ein Vaterunser.

Gleich nach der Rückkehr von dem Begräbnis entspann sich ein wortloser, aber erbitterter Kampf um die Oberherrschaft auf Norderland zwischen den Gatten. Als zu Tisch gerufen wurde — das Leben mußte seinen alten gewohnten Verlauf nehmen und forderte seine Rechte — wollte Steinburg sich auf den Platz quer vor den Tisch setzen, er kam nicht dazu. Seine Frau drängte ihn, ohne ein Wort zu sagen, von dem Herrensitz fort und nahm ihren alten Platz ein.

Steinburg biß sich auf die Lippen, in Gegenwart der Leute sagte er nichts.

Nach dem Essen aber erklärte er Meiken kurzweg, er würde nicht mehr mit Knecht und Magd zusammen speisen, sie würde von jetzt ab mit ihm im Päsel sich zu Tisch setzen.

„Das ist doch wohl nicht dein Ernst, Eggebrecht?" sagte sie leise. „Hier auf diesem Stuhl, an diesem Tisch haben immer zum Essen meine Vorfahren gesessen, ich gebe den Platz nicht auf."

„Weißt du, ich finde, du kehrst deine Vorfahren ein wenig zu sehr mir gegenüber heraus. Ich besitze auch deren und füge mich doch Neuerungen. — Es bleibt bei dem, was ich sagte."

Meiken schwieg, aber zwischen ihren hellen Augen zeigte sich eine tiefe Falte, die erst sehr langsam wich.

Am nächsten Morgen war Meiken längst aufgestanden und hatte das Schlafgemach verlassen, als Steinburg erwachte.

Als er später in die große Stube kam, war niemand darin und als er darauf aus der Tür hinausrief, die Magd sollte ihm das Frühstück bringen, erschien die junge Frau selber mit dem Gewünschten.

Er sah sie an und war empört.

Nicht die Gräfin Steinburg stand vor ihm, wie er sie mühsam zurechtstutzte, sondern Meiken Hansen. Sie trug das Haar einfach gescheitelt und auf dem Hinterkopf in einen dicken Knoten geschlungen, dasselbe Kleid, das sie früher immer getragen.

Ruhig stellte sie alles auf den Tisch, bot ihm einen guten Morgen und wollte wieder das Zimmer verlassen.

„Bitte," rief er dazwischen, „ich habe mit dir zu sprechen."

Meiken wendete sich um und kam zum Tische zurück.

„Eggebrecht, ich habe zu tun, also sage rasch, was du mir zu sagen hast."

„Wird sofort erledigt sein. Ich wünsche dich nie wieder in diesem Aufzuge zu sehen."

„Ich meine, zur Arbeit ist dieser Aufzug gerade der richtige. Es wäre doch lächerlich, wollte ich in einem Schleppkleide in Küche und Kammer hantieren."

„Das sollst du überhaupt nicht."

„Und wer wird es an meiner Stelle tun?"

„Janna — die Mägde — was weiß ich."

„Entschuldige, aber das verstehst du nicht."

Damit wendete sie sich ab und verließ die große Stube.

Wütend ballte er die Fäuste hinter ihr.

Und als er zum Mittagessen erschien, fand er seine Frau schon auf ihrem Platz, rechts neben ihr saß Janna, links die Großmagd. Für ihn aber war der Tisch im Päsel gedeckt.

Er sagte kein Wort und nahm von diesem Augenblick die Mahlzeiten allein ein. Noch mußte er den freundlichen und liebevollen Ehemann spielen, denn noch hatte er zwar Meiken, aber nicht einen Zoll ihres Norderlands.

Und ein Stück dieses Norderlands gebrauchte er, sollte nicht alles vergeblich gewesen sein.

Er brauchte von seiner an Bertram gestellten hohen Forderung nur ein wenig herunterzulassen, und alles wurde bewilligt, aber dazu mußte ihm die Düne gehören.

Und so wurde er wieder scheinbar ebenso, wie er vor der Hochzeit war.

Scheinbar, denn Meiken war mißtrauisch geworden und nahm sich in acht. Und an einem Nachmittage kam sein wahres Gesicht zum Vorschein. In seine Liebkosungen klang immer der eine Wunsch hinein, sie möchte ihm den Grund und Boden schenken, auf dem das Seebad errichtet wäre. Wie ganz anders könne er auftreten, stände alles dies auf seinem Eigentum, und wie könnte er die Aktiengesellschaft zwingen, ihre Pflicht Norderland gegenüber zu erfüllen.

Meiken richtete sich steil in die Höhe und stand auf.

„Ich habe dir gesagt, Eggebrecht, als du um mich freitest, ich bliebe so, wie ich wäre, und ändern könnte ich mich nicht und würde ich mich nicht. — Das gilt für alle Zeiten. Ich verkaufe nicht und ich verschenke nicht. Mein Sohn soll ganz Norderland einmal von mir erben, nicht einen Teil."

„Dein Sohn wird auch mein Sohn sein", erwiderte er scharf.

„Wenn auch. — Ich werde meinen Sohn zu einem Lorenzen erziehen und ich hinterlasse ihm das Erbe meiner Vorfahren."

Steinburg wurde ungeduldig, aber er hielt noch an sich.

„Man muß nicht immer denselben Gaul reiten," meinte er spöttisch, „die Mähre könnte leicht lahm werden. Und mit deinem ewigen Heranziehen der Lorenzens ist es ganz so. Wenn du einen Sohn bekommst, wird er Steinburg heißen und er wird von mir erben wie von dir. Ich finde es einfach starrköpfig, um nicht einen stärkeren Ausdruck zu gebrauchen, daß du mir nicht das wertlose Stück Land schenken willst. Dir kann nichts daran liegen, denn du hast auf eine lange Reihe von Jahren keine Verfügung darüber, mir aber wird es in meinem Auftreten als Direktor des Bades dem Ganzen gegenüber von größtem Nutzen sein."

(Fortsetzung folgt.)

Das Attentat auf die deutsche Schule

Was das neue Reichsschulgesetz für unser Volk bedeutet

Von Dr. Rudolf Buttmann, M. d. L.

(Schluß.)

§ 29 bestimmt u. a.: „Wo über die Ausbildung von Seelsorgern staatliche Bestimmungen gegeben sind, sind die diesen Bestimmungen gemäß ausgebildeten Seelsorger zur Erteilung von Religionsunterricht als wissenschaftlich befähigt zu erachten" — **Also auch wenn Geistliche ihre ganze wissenschaftliche Ausbildung, wie es heute in Bayern möglich ist, an nicht staatlichen ausländischen theologischen Anstalten genossen haben, sind sie an der angeblich staatlichen Volksschule zur Erteilung des Religionsunterrichts befugt!**

Doch all das betrifft nur erst den Religionsunterricht. Das Gepräge der Bekenntnisschule neuer Art wird in § 5 des Entwurfs gegeben. „Die gesamte (!) Unterrichts- und Erziehungsarbeit in den Bekenntnisschulen muß getragen sein von dem Geiste des Bekenntnisses." (Abs. 2) „Im Lehrplan und Lehrstoff sowie bei der Auswahl der Lehr- und Lernmittel ist gebührende Rücksicht auf das bekenntnismäßige Gepräge der Schule zu nehmen." (Abs. 3) Her also mit der evangelisch-lutherischen Fibel, dem katholischen Lesebuch, der evangelisch-reformierten Geschichtsübersicht! (Den Juden das „israelitische Rechenbuch" und die jiddische Sprachlehre!) Unsere deutsche Jugend wird demnach heranwachsen, nach rein konfessionellen Gesichtspunkten gebildet und erzogen. **In einer Zeit, wo die konfessionellen Scheidewände gleich allen übrigen im staatsbürgerlichen Leben eingerissen werden sollten, damit wir als ein einiges Volk erstarken, baut man sie stärker und höher denn je wieder auf!** Damit ja kein Zweifel besteht, **wer** über das „bekenntnismäßige Gepräge" der Lehrmittel usw. zu befinden hat, schreibt die Begründung zu § 25 bezüglich des Religionsunterrichts, daß „schon bei Einführung von Lehr- und Lernbüchern mit der Religionsgesellschaft ins Benehmen zu treten" ist. Sinngemäß wird das bei der Bekenntnisschule auch auf die übrigen Lehr- und Lernmittel auszudehnen sein.

Die geistliche Schulaufsicht, die damit in weitestem Umfang wiederhergestellt ist, drückt sich schließlich ganz unverhohlen in § 30 des Entwurfes aus. Darnach sind in die örtlichen Schulverwaltungsorgane, denen Volksschulen mit Religionsunterricht als ordentlichem Lehrfach unterstehen, „Vertreter der entsprechenden Religionsgesellschaften mit Sitz und Stimme aufzunehmen." Bei dem Übergewicht des höher Gebildeten wird damit für die weitaus überwiegende Mehrzahl der Schulverwaltungen der Geistliche der eigentliche Leiter des Schulwesens. **Das** kann in sehr vielen Fällen sehr segensreich sein, ist aber als Vorrecht eines einzelnen Standes, der hauptamtlich nicht dazu allein bestimmt ist, ungeheuerlich! Und das im Zeitalter der „Trennung von Staat und Kirche"! **Wenn nur die Marxisten** dabei die Hineingefallenen wären, so könnte mans humorvoll zum übrigen legen. Die marxistische Theorie wird hier wieder einmal gründlich an den Pranger gestellt. **Man genieße die Logik folgender Sätze** der Entwurfsbegründung: „Die Trennung von Staat und Kirche hat zur notwendigen Folge, daß nur die Religionsgesellschaft selbst in letzter Linie entscheiden kann, was mit ihren Grundsätzen übereinstimmt. Zwar ist sie nicht befugt, irgendwelche Weisungen ihrerseits für den Religionsunterricht auszuüben; immerhin wird man ihr aber die Befugnis zusprechen müssen, sich davon zu überzeugen, ob dem Erfordernisse der Reichsverfassung (!) genügt wird, und ihr die Möglichkeit geben müssen, falls ihre Feststellungen es für erforderlich erweisen, die Landesregierung darauf aufmerksam zu machen und gegebenenfalls um Abhilfe anzugehen. Ein notwendiges Mittel zu einer ausreichenden Feststellung ist unbedingt auch die Befugnis durch einen besonderen Beauftragten zuweilen dem Unterricht (gemeint ist hier Religionsunterricht. Verf.) zuhören zu dürfen. Die Verpflichtung der Landesregierung, die Feststellungen der Religionsgesellschaft bei den schulaufsichtlichen Maßnahmen gebührend zu berücksichtigen, ergibt sich aus der Reichsverfassung (!) von selbst." Stets die Berufung auf die Reichsverfassung, deren Hütern damit bewußt spöttisch ein Schnippchen geschlagen wird!

Aber der Leidtragende ist nicht so sehr der Marxismus, sondern der Staat, das deutsche Volk in seiner politischen Zusammenfassung. Auf dem Umweg über die „Erziehungsberechtigten" wird den Religionsgesellschaften, je nach ihrer inneren Geschlossenheit und ihrem Machtstreben, mehr oder weniger die bisher staatliche Volksschule ausgeliefert. Für die materielle Unterhaltung der Volksschule hat der Staat die Steuergelder zu verwenden, den Geist der Erziehung, den Lehrstoff, den Lehrer und die Lehrerin bestimmt die Religionsgesellschaft!

Nun zum Schluß dieser vorläufigen Übersicht noch ein Wort über die Art, wie diese Bekenntnis-, richtiger Kirchenschule zur Regelschule gemacht werden soll. Hier, sollte man meinen, ist doch anders als bei dem vieldeutigen Schlagwort „Trennung von Kirche und Staat" im Artikel 146 Abs. 1 die eindeutige Vorschrift gegeben, daß „für die Aufnahme eines Kindes in eine bestimmte Schule nicht das Religionsbekenntnis seiner Eltern maßgebend" sein soll.

Diesem Erfordernis glaubt der Entwurf in § 4, Ziffer 1, dadurch zu entsprechen, daß an die zur Aufnahme von Schülern (Schülerinnen) eines bestimmten Bekenntnisses vorgesehene Schule „auch die Aufnahme von Schülern eines anderen Bekenntnisses oder bekenntnisloser Schüler zugelassen" werden kann. Doch werden diese Kinder dann eben von den hauptamtlich bekenntnismäßigen Lehrkräften der Bekenntnisschule im Geist des dem ihrigen entgegengesetzten Bekenntnis (außer im Religionsunterricht) erzogen! Ist das nicht genug Entgegenkommen gegenüber der Bekenntnisminderheit? So werden also auch Judenkinder im unverfälscht katholischen oder protestantischen Geist herangebildet!

Wo nach bisheriger Landesgesetzgebung die Bekenntnisschule die Regel war, bleibt es dabei. Zugunsten des Konfessionalismus wird man in Berlin plötzlich sozusagen „föderalistisch". Doch halt! Echter Berliner Unitarismus kommt sofort wieder zum Durchbruch, wo es sich darum handelt, entgegen der bisherigen Übung die Bekenntnisschule als Regelschule einzuführen. Es soll nämlich im ganzen Reichsgebiet auf Antrag der Erziehungsberechtigten von höchstens 40 Kindern einer Schule eine Bekenntnisschule eingerichtet werden müssen! Die Kinder können den verschiedensten Jahrgängen angehören und wenn sie dann in eine Klasse zusammengepfercht werden, so schadet das dem Schulzweck nicht im mindesten; ist doch die bekenntnismäßige Erziehung oberster Gesichtspunkt. Die Begründung verweist an anderer Stelle auf die „Finanznot der Länder". Daß die Schulgemeinden durch solche Bestimmungen finanziell überanstrengt werden, nur um dem konfessionellen Geist zu opfern, übersieht man geflissentlich.

Ein Antrag von 40 Erziehungsberechtigten auf Einführung der christlichen Gemeinschaftsschule ist nicht vorgesehen. Die Mehrheit muß sich also der Minderheit fügen — im Zeitalter der Demokratie und unter Berufung auf die „demokratische Weimarer Verfassung", wenn die Gemeinde sich den Luxus einer Bekenntnis-Sonderschule für eine kleine Minderheit nicht leisten kann.

Erheiternd in all diesem Paragraphenwust wirkt das Sätzchen in § 14, Absatz 2: „Es genügt, wenn der Antrag von einem Elternteil gestellt wird, es sei denn, daß der andere Elternteil ausdrücklich der Stellung des Antrages widerspricht." Eine Berechnung auf den bekenntnismäßig angefachten Eifer der Mütter und die gutmütige Gelassenheit, Gleichgültigkeit oder — Fügsamkeit der Väter!

Soviel fürs erste zu diesem Entwurf! Welch ein Rückschritt gegenüber der alten bayerischen Entschließung vom 10. Mai 1810, wonach nur bei der Glaubenslehre „die Konfessionsverschiedenheit einen gegründeten Unterschied im Schulunterricht mache"! **Statt dieser gesunden Grundlage des Volksschulwesens nunmehr eine Konfessionalisierung von allem und jedem: Schulbücher, Lehrerbildung, Geschichts- und Deutschunterricht, Naturkunde usw. und vor allem: Konfessionalisierung der Gesinnung des heranwachsenden Geschlechtes, Verengung des Gesichtskreises, Erweckung des Gefühls der Verschiedenheit, ja des Gegensatzes in den weitesten Volkskreisen!** Ob dadurch nicht gerade dem Christentum und seinen Bekenntnissen mehr geschadet als genützt, der Weltanschauungs-, ja der weltlichen Schule erst recht Schüler und Schülerinnen zugeführt werden? Jedenfalls leidet Volk und Vaterland unter diesem Attentat auf die Geschlossenheit der Anhänger des wahren, in jeder Bekenntnisform vorkommenden, in jeder Bekenntnisform aber auch von gewissen Bekennern geheuchelten, im obersten Grundsatz christlicher Nächstenliebe verleugneten Christentums.

„Welche Religion ich bekenne? Keine von allen, die du mir nennst. Und warum keine? Aus Religion!"

Entspricht dieser edle, wahrhaft christliche Grundsatz unseres Schiller dem „bekenntnismäßigen Gepräge" der künftigen deutschen Regelschule? Ich fürchte: nein! Er könnte wohl nur an nichtchristlichen Schulen vorgetragen werden; denn die christliche Gemeinschaftsschule gehört der Vergangenheit an, wenn — dieser Entwurf eines Reichsschulgesetzes vom Reichstag angenommen werden sollte.

Und das am feinsten Berechnete an ihm ist, daß man ihn von einem „deutschnationalen" Reichsminister des Innern verantworten lassen wollte!

Aus der Bewegung

Ortsgruppe Frankfurt am Main. Die am vorigen Donnerstag von den Deutschnationalen unter dem Thema „Der schwarze Winter" einberufene öffentliche Versammlung gab uns Frankfurter Nationalsozialisten endlich einmal Gelegenheit, vor aller Öffentlichkeit zu zeigen, welche Stellung die N.S.D.A.P. diesen „Vertretern" des nationalen Gedankens gegenüber einnimmt.

Der Redner des Abends, ein Regierungsrat Rhade, — der gewiß in Aufsichtsratssitzungen eine treffliche Figur abgeben mag, daher aber umso grotesker in einer Versammlung wirken mußte, die sich zum größten Teil aus Angehörigen der schaffenden Stände zusammensetzte, — sprach von der „schönen Zeit" vor dem Kriege, seufzte über die schwere Steuerlast, predigte äußerste Sparsamkeit und Einfachheit, durch die allein das deutsche Volk wieder emporkommen könne, ohne aber, wie wir es immer bei den Deutschnationalen erleben können, die nötigen Konsequenzen zu ziehen. Besonders hervorzuheben ist seine treffliche Ansicht, daß die Beamtenschaft mit einem noch viel geringeren Einkommen auskommen könne und müsse. Vollständig vergaß er die eigentlichen Ursachen unserer Not zu zeigen.

Unerbittlich aber bekam er es und die anderen verkalkten Deutschnationalen zu hören, als unser Landesleiter, Pg. Haselmayer, stürmisch begrüßt von den zahlreich anwesenden Nationalsozialisten, in der Diskussion das Wort ergriff. Sichtlich unangenehm wirkten seine trefflichen Ausführungen auf die anwesenden Bonzen. So war es erklärlich, daß mitten in der Rede der deutschnationale Vorstand unserem Redner das Wort entzog; aber so leicht sollte er es nicht haben. Wie ein Mann erhob sich der größte Teil der Versammlung und forderte stürmisch das Weiterreden seines Führers. Hilflos läutete der Vorstand mit seiner Schelle Sturm und brachte schließlich nichts weiter fertig, als die Versammlung zu schließen und schleunigst zu verschwinden. Spontan stimmte die Versammlung hierauf das Hitler-Lied an und gelobte in stürmischen Heilrufen ihrem großen Führer die Treue. — Wir Frankfurter Nationalsozialisten gingen an diesem Abend mit der freudigen Gewißheit nach Hause, deutschnationale Heuchlerei und deutschnationalen Verrat an Ort und Stelle mit dem nötigen Nachdruck entgegengetreten zu sein.

Im letzten Sprechabend konnten wir Pg. Abt aus Darmstadt begrüßen, der es trefflich verstand, uns über die Ursachen und Folgen des Judenputsches von 1918 aufzuklären.

Weiter berichtete uns Pg. Gemeinder über die Tätigkeit der national-sozialistischen Stadtverordnetenfraktion, die in allen Fragen, allen Anfeindungen zum Trotz, mutig unsere nationalsozialistische Idee vertritt.

Gregor Straßer in der deutschen Ostmark

Die **Ortsgruppe Marienburg, Westpr.** trat am 21. d. M. mit einer großen Kundgebung zum erstenmal an die Öffentlichkeit. Reichstagsabgeordneter Pg. Straßer hatte zugesagt, auf seiner Reise nach Danzig auch unserer Ordenshauptstadt einen Besuch abzustatten. In einer gutbesuchten Versammlung im großen Saal des Schützenhauses sprach er über den nationalen Sozialismus und was er da über die Locarner Freimaurerkonferenz, die Entwicklung der Börsen und die restlose Unterwerfung des deutschen Volkes unter das internationale Finanzkapital ausführte, machte auf alle Anwesenden, die zum größten Teil den bürgerlichen Parteien angehörten, den tiefsten Eindruck. Dann streifte Straßer kurz das nationalsozialistische Programm, dessen wichtigste Punkte näher erläuternd. In vortrefflichen, klaren Worten schilderte er, was wir wollen und wofür wir zu kämpfen und sterben bereit sind. Brausender, nicht endenwollender Beifall belohnten seinen Vortrag. Ein begeistert aufgenommenes Heil auf unsern Führer Adolf Hitler und das Deutschlandlied waren der Ausklang dieser wohlgelungenen Veranstaltung. In der darauffolgenden Mitgliederversammlung, der ersten überhaupt, konnten einige neue Mitglieder aufgenommen werden. Der Kampf ist eröffnet und wir Marienburger Nationalsozialisten werden nicht ruhen und rasten, bis auch in der alten Ordenshauptstadt das Hakenkreuzbanner weht.

Ortsgruppe Meiningen. Am 12. d. M. sprach in öffentlicher Versammlung Pg. Dipl.-Ing. G. Feder über Steuer- und Zollgesetze in der Daweskolonie. In über zweistündiger Rede verstand es Herr Feder, seine Zuhörer in gespanntester Aufmerksamkeit zu halten; seine fesselnden Ausführungen zeigten, in welch furchtbarer Weise das deutsche Volk versklavt, verkolonisiert schon ist, wie es zum Büttel aller Halunken herabgedrückt wurde. Zur Aussprache meldete sich niemand, auch von den anwesenden Kommunisten nicht, von den Anhängern der „Heilsarmee" (Reichsjammerleute) ganz zu schweigen. Tief erschüttert über das Gehörte und in musterhafter Ruhe wurde die Versammlung um 1/2 12 Uhr mit einem dreifachen Heil für unseren obersten Führer Adolf Hitler geschlossen.

Ortsgruppe Beuchte hielt am 24. Oktober eine öffentliche Volksversammlung ab, in der Pg. Seifert über das Thema „Geldknappheit, Arbeitslosigkeit und Sicherheitspakt" sprach. Wie zu erwarten war, waren die Mehrzahl der Versammlungsbesucher Handarbeiter. Fast zwei Stunden fesselte der Redner die Zuhörer, der gründlich mit dem neuesten Verbrechen von Locarno abrechnete und rücksichtslos die Ursachen dieser ehrvergessenen Politik bloßstellte. Seine Worte überzeugten jeden einzelnen Zuhörer und wurden ihm mit der Aufnahme 5 neuer Mitglieder gedankt. Nach der Versammlung fand noch eine Sitzung der Mitglieder statt, in der über die kommende Hitlerversammlung in Braunschweig Aufschluß gegeben wurde.

Erfreulich ist es vor allen Dingen, daß sich die Arbeiter immer mehr zu uns gesellen und den Nationalsozialismus als die einzige Rettung aller Schaffenden erkennen lernen. Die Tätigkeit unserer Ortsgruppe hat erreicht, daß die Ortsgruppe des schwarz-rot-goldnen Reichsbanners bis auf einen ganzen Mann zusammengeschmolzen ist.

Ortsgruppe Haspe (Westfalen) hielt am 20. Oktober einen gutbesuchten Sprechabend ab, zu dem durch persönliche Werbung und durch die örtliche Presse eingeladen war. Außer zahlreichen Freunden der Bewegung waren auch die Vertreter der Nachbarortsgruppe Hagen erschienen. Die Ortsgruppenleitung konnte erfreulicherweise feststellen, daß die in Haspe verteilte Hitlerrede eine gute Wirkung getan hatte. Dann nahm der Ortsgruppenführer, Pg. Feldmann, das Wort zu seinem angekündigten Vortrag über das Thema: „Locarno, Rußland und wir". Er kam zu dem Ergebnis, daß Locarno im wahrsten Sinne des Wortes ein englischer Sieg ist. Frankreichs Sieg ist dagegen ein ganz gefährliches Geschenk, das in seinem Schoße die ungeheuersten Gefahren verbirgt. Deutschland endlich hat in Locarno weiter nichts erreicht, als daß es sich freiwillig zum Büttel des französischen Imperialismus und zum Schlachtfeld der Zukunft hergegeben hat. Frankreich ist heute nach wie vor Deutschlands Feind, und Rußland ist nunmehr erst recht nicht sein Freund, und die grauenvolle Folge wird sein, daß unser deutsches Volk und Vaterland zwischen diesen beiden Machtgruppen zerdrückt wird. Dann wird es schrecklich wahr werden, was das deutsche Volk in unglaublicher Verblendung nicht wahr haben will, das schreckliche: Wehe den Besiegten! — Der Vortrag wurde von allen Anwesenden mit lebhaftem Interesse verfolgt und mit großem Beifall aufgenommen. Mehrere Freunde unsere Bewegung schlossen sich unserer Ortsgruppe an. Die Schwierigkeiten in der Hochburg Eugen Richters sind sehr groß, aber die Bewegung marschiert. Trotz alledem!

Der Ortsgruppenführer: Feldmann.

Ortsgruppe Herborn-Dill. Am Freitag 16. Oktober, veranstaltete die Ortsgruppe eine gutbesuchte öffentliche Versammlung, in der Pg. Haselmayer, Frankfurt a. M., über: „Zwiespalt, Deutschlands Untergang, Einigkeit, Deutschlands Aufstieg" sprach. Die Ausführungen des Redners wurden begeistert aufgenommen. Neuaufnahmen konnten als Erfolg des Abends gebucht werden.

Ortsgruppe Dresden. Die in Anwesenheit des Landesleiters am 18. Oktober, vormittags, tagende Mitgliederversammlung ergab den Zusammenschluß der beiden Dresdener Gruppen. Pg. Anton Goß wurde erneut zum 1. Vorsitzenden gewählt, desgleichen Pg. Paul Faske zum 2. Vorsitzenden.

Gib Dein Kampfblatt weiter!

Hauptschriftleitung und verantwortlich für Politik: Alfred Rosenberg, für Lokales Wirtschaft und Soziales: Dr. Hans Buchner für Bewegung und Sport: Hansjörg Maurer; für Kunst und Wissenschaft: Josef Stolzing-Cerny; für den Anzeigenteil Ernst von Westernhagen. Verlag Franz Eher Nachfolger, G. m. b. H.; Rotationsdruck: Münchner Buchgewerbehaus M. Müller & Sohn.

KINO-ANZEIGER

Nach dem Kino: Eine Zigarette der Fabrikate der Österreich. Tabak-Regie

RATHAUS-LICHTSPIELE — Der Walzer von Strauß — Ufa-Wochenschau

Nach dem Theater: raucht selbst der Laie die Zigarette „Metzger" Nr. 3

SENDLINGERTOR-LICHTSPIELE — Der Farmer aus Texas — Ufa-Wochenschau

KAMMERLICHTSPIELE / Kaufingerstr. 28 — Telephon 24327 — Die Leuchte Asiens — ausschließlich von Indiern dargestellt

UFA-THEATER Dachauerstr. 16 geg. Marsstr. — Edles Blut / Familie Neureich — Ufa-Wochenschau

Telephon 53377 LICHT-SCHAUSPIELHAUS Dachauerstr. 46 — **Der Weg, der zur Verdammnis führt**

Besuchet die Familien-Sonntag-Vormittags-Vorstellungen obiger Kinos!

KI-PA Film-Palast — Müllerstr. 32 — Blumenstr. 29 — **O alte Burschenherrlichkeit (Gaudeamus igitur)** mit Chor und Sologesängen

Unsere Leser sehen sich nur die Qualitätsfilme, der im „Völkischen Beobachter" inserierenden Lichtspielhäuser an!

THEATER-ANZEIGER

Donnerstag, den 29. Oktober 1925

National-Theater	Residenz-Theater	Kammerspiele	Colosseum
Violetta Anfang 7 Uhr	Vasantasena Anfang 7 Uhr	Dr. Knock oder der Triumph der Medizin Anfang 7 1/2 Uhr	Xaver Terofal mit Gesellschaft Anfang 8 Uhr
Prinz-Reg.-Theater	**Schauspielhaus**	**Gärtnerpl.-Theater**	**Volkstheater**
—	Zurück zu Methusalem Anfang 7 1/2 Uhr	Das Weib im Purpur Anfang 7 1/2 Uhr	Uschi Anfang 7 1/2 Uhr

RUNDFUNK MÜNCHEN

Donnerstag, den 29. Oktober 1925.

11.45 Uhr: Wetterbericht. Zeitangabe.

1.55 Uhr: Zeitzeichen. Pressemeldungen. Wetterbericht. Börsennachrichten.

3.30 Uhr: Neueste landwirtschaftliche Meldungen. Wetterbericht.

4 Uhr: Aus dem unbekannten Oberbayern. II. Teil: Bergland. Vortrag von Dr. Ludwig Koegel.

4.30 Uhr: **Nachmittagskonzert des Rundfunkorchesters.** Ltg.: Frz. Adam. Beliebte Schlager.

5.30 Uhr: „Die schwarze Galeere". Eine Erzählung aus den Niederländischen Freiheitskämpfen von Wilhelm Raabe. (III. Teil.) Gelesen von Albert Spenger.

6 Uhr: Neueste landwirtschaftl. Meldungen; Wetterbericht.

6.30 Uhr: Vom Maßnehmen, Schnittzeichnen, Zuschneiden und Nähen. Ein praktischer Einführungskurs für die sparsame Hausfrau. Vortragende Frau Anna Elisabeth Pollog.

7.15 Uhr: Liederstunde. Wilhelm Bauer (Bariton), Richard Staab (Klavier).

8.10 Uhr: Nervöse Schlaflosigkeit. II. Vortrag von Dr. med. G. Heyer.

8.45 Uhr: Kammermusik. Willy Stuhlfauth (I. Violine); Karl v. Perfall (II. Viol.); Giacinta della Rocca (Viola); Alfred Kühle (Cello).

9.50 Uhr: Pressemeldungen; Wetterbericht; Zeitangabe; Sportfunk; Geschäftsnachrichten.

10.10 Uhr: Esperanto-Sprachkurs.

Die letzten Wahlergebnisse

haben bewiesen, daß das marxistische Gift weiter am deutschen Volkskörper frißt. Sie haben daher besonders jetzt, während der Dauer des

Dolchstoß-Prozesses

die beste Gelegenheit, Ihren Kollegen, die noch an die Wahnidee einer „Völkerverbrüderung" glauben, zu beweisen, daß

die Sozialdemokratie

mit ihren Hintermännern

schuld ist am Zusammenbruch und **am heutigen Elend Deutschlands.**

Helfen Sie daher mit an der Verbreitung der Flugschrift

DOLCHSTOSS

Wahrheit oder Legende ? ? ? Neue Enthüllungen

Die beste und billigste Flugschrift gegen die inneren Feinde Deutschlands! Die Broschüre hat 32 Seiten Umfang und enthält außer Faksimiles von Flugblättern, authentisches Material.

Bestellen Sie in Massen!

Einzelpreis nur 10 Pf., 12 Stück nur M. 1.—, 50 Stück nur M. 4.—, 100 Stück nur M. 7.50.

Lieferung erfolgt portofrei!

Buchhandlung Frz. Eher Nachf., G. m. b. H.

Postscheckk. München 11346 München, Thierschstr. 15

An **Frz. Eher Nachf. G. m. b. H., München,** Thierschstr. 15

Senden Sie mir sofort .... Exemplare der Flugschrift „Dolchstoß"

Der Betrag von M. .... liegt bei — Versand soll als Nachnahme erfolgen — Betrag wurde heute Ihrem Postscheckkonto München 11346 überwiesen.

(Nichtzutreffendes durchstreichen.)

Ort u. Datum: ....

Wohnung: ....

HERREN-HÜTE werden umgearbeitet auf **neueste Formen** gebügelt, gefärbt, garniert **DAMEN-HÜTE** fassoniert in 8—10 Tagen **Kurt Weise** Hutmachermeister Fraunhoferstraße 8 Filiale: Holzapfelstraße 7

Gesellschaftsspiele Preisliste kostenlos W. Voß, Mergentheim-Wü. 90

Herzliche Bitte!

Welcher edle Nationalsozialist würde mir durch seinen Einfluß die **Aufnahme an einer Fliegerschule** erwirken und welcher gute, völkische Herr gibt mir die erforderlichen **Mittel gegen Sicherheiten** zu mäßigem Zins. Ich studierte 5 Semester Rechts- und Staatswissenschaften und war aus finanziellen Gründen gezwungen meine Studien aufzugeben. — Wenn meine Bitte ohne Erfolg: wer ist so gut und verhilft mir zu einer **Lebensstellung**

Angebote bitte ich unter **557** an die Anz.-Abt. ds. Bl. zu richten.

Der internationale Jude

Herausgegeben von Henry Ford

24. und 25. Auflage (83. bis 90. Tausend)

Preis: in Ganzleinen M. 6.—, in Halbleinen M. 4.25, brosch. M. 3.—

Der Verfasser zeigt uns in diesem Buche ohne fanatische Voreingenommenheit und ohne politisches Vorurteil den Juden wie er ist und wirkt. Nichts von unklaren Phrasen! Nichts von weibischer Sentimentalität! Spannend und temperamentvoll geschrieben, aber immer sachlich, klar und beweiskräftig werden in diesem Buche Wesen und Ziele des Judentums dargelegt, und vor unserem Auge entsteht ein grandioses, aber grauenerweckendes Bild der brutalen Geisteknebelung und restlosen Finanzversklavung aller Völker der Welt durch das Judentum

Der „Sinn der Weltgeschichte", die „geheimen, sehr subtilen Ziele" der dreihundert geheimen Weltregenten finden hier ihre restlose Aufdeckung und Erklärung

Deutsche! Lest dieses Buch!

Zu beziehen durch die Buchhandlung

Franz Eher Nachf. G. m. b. H.

München NO 2 Thierschstraße 15

Postscheckkonto 11346

Verlangen Sie in jeder Gaststätte den „Völkischen Beobachter"

Heimat sucht Posener Flüchtling durch sich. **Stellung oder Heirat** wieder zu erlangen. Kaufm., techn. u. landw. Kenntn. Off. unt. G. I/9 an die Anz.-Abt. d. Bl.

Zimmer-Einrichtungen bei Mart. Altenried Immenstadt i. Allg. Telephon 172

Notgeldscheine 500 verschiedene, kassenfrisch, M. 3.50 **Bruno Bermanseder** Stuttgart-Untertürkheim

Organisatoren und Vertreter von Buch-Versand überall gesucht, gegen festen Gehalt. Ang. unt. G. I/7 a. d. Anz. Abt. d. Bl.

Nationalsoz., 29 Jahre, techn Angest., wünscht mit Nat.-Sozialistin zw. **späterer Heirat** in Briefwechs zu treten. Off. m. Bild unt. G. I/10 an die Anz.-Abt. d. Bl.

Deutsche, kauft deutsche Weine! 6 Fl. 23er Gimmeldinger Meerspinne M. 12.- **Gottschalk & Schelb** Weine, Liköre **Gimmeldingen,** Rheinpfalz Verlangen Sie Sonder-Angebot. Vertreter gesucht

Kaufmännisch gebildet Fräulein sucht Stellung in feinem **Konditorei-Café** auch zur Bedienung. Offerten unter **556** an d. Anz.-Abt. d. Blattes.

Buchhalterin, zuverlässige Kassierin erfahren in allen Bureauarbeiten, Ia Zeugnisse, sucht für sofort Stellung. Offerten unt. **549** an die Anz.-Abt. dieses Blattes.

Kein Laden! Billigste Preise! Herren- u. Damenwäsche Herrenhemden nach Maß Berufsmäntel, Hosenträger, Strumpfhalter, Krawatten usw. empfiehlt **Fritz Grau, Corneliusstr. 12, Rckg. 0**

Bäcker (Nationalsozialist) seit längerer Zeit arbeitslos, sucht für sofort Arbeit jeglicher Art. Offerten unter **545** an die Anzeigen-Abteilung dieses Blattes.

Militärmusikschule (im völk. Sinn), Blas- u. Streichmusik, stellt noch junge Leute von 10—16 Jahren kostenlos ein. Erwünscht Violin- und Violaspieler. Orchester 30 Mann. Nichtspielende Talentierte können ein Streich- od. Blasinstrument erlernen. Nur Leute völk. Gesinnung erwünscht. Schnüffler zwecklos. Off. unt. 522 a. d. Anzeigen-Abteilung. d. Blattes.

Für **bestbewährtesten Parteigenossen** Zementeur, Familienvater, seit längerer Zeit arbeitslos, suchen wir für sofort Arbeit jeglicher Art. Offerten unter **546** an die Anz.-Abt. d. Bl.

Erfahrene, ältere Köchin mit langjährigen Ia-Zeugnissen sucht Stellung. Am liebsten bei einzelnem Herrn. Offerten unter **548** an die Anzeigen-Abteilung dieses Blattes.

Leerer Raum zwecks Unterbringung einiger Möbelstücke gesucht. Nähe Augustenstraße. Zuschriften unter **571** an die Anz.-Abt. d. Bl.